

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4935

Berlin, 25. August 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 34

Absinken der Wirtschaftskonjunktur

In jüngster Zeit kamen aus Amerika Meldungen über eine Besserung der Finanz- und Wirtschaftslage, besonders über ein Ansteigen der Börsenkurse und der Rohstoffpreise; auch in anderen Ländern wurden Preiserhöhungen festgestellt und als erste Zeichen eines Abflauens der Wirtschaftskrise gedeutet. Aber im allgemeinen dauert die durch Senkung der Massenkauflkraft und andere Uebel hervorgerufene Stockung des Warenabsatzes und der Produktion noch an. Sogar jene Länder, die bis 1930 ungefähr normale Verhältnisse hatten wie Frankreich, die Niederlande und die skandinavischen Staaten, wurden inzwischen von der Krise erfaßt.

Die industrielle Weltproduktion war im Dezember 1931 um 19 Proz. und Ende März 1932 um 26 Proz. geringer als im Durchschnitt des Jahres 1928. Im letzten Winterhalbjahr fanden überall starke Einschränkungen der Produktion statt, selbst in den Gläubigerländern; aber auch der Sommer brachte keine wesentliche Besserung und keine ins Gewicht fallende Abnahme der Arbeitslosenziffern. Am meisten leiden die Produktionsmittelindustrien. Die Verbrauchsgüterindustrien haben sich in vielen Ländern — doch nicht überall — etwas besser gehalten.

In Deutschland sank die Meßziffer der Produktion wichtiger Industriezweige von 100 1928 auf 83,6 im Monatsdurchschnitt 1930 und 69,1 im Monatsdurchschnitt 1931; Ende März 1932 war sie auf 55,3 zurückgegangen. Werden Produktionsmittel- und Verbrauchsgüterindustrien auseinandergelassen, so ergeben sich folgende Meßziffern der industriellen Produktion Deutschlands:

	Produktionsmittel-industrie	Verbrauchsgüter-industrien
1928	100	100
1930	81,9	86,4
1931	62,5	80,6
März 1932	42,8	77,1

Noch beträchtlicher erscheint der Ausfall der Wirtschaftstätigkeit, wenn die volle Zahl der möglichen Arbeitsstunden mit der Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden verglichen wird.

In Großbritannien stieg die Meßziffer der industriellen Produktion von 100 1924 auf 111,8 1929, um hernach auf 103,1 1930 und 93,2 1931 zu sinken. Bemerkenswert ist, daß hier die Meßziffer der Löhne im letzten Vierteljahr 1931 nur um 3 Proz. niedriger war als 1924.

Verhältnismäßig sehr bedeutend war der Rückgang der Industrie in jüngster Zeit in Frankreich. Die Meßziffer der Produktion (1913 = 100) sank in den metallverarbeitenden Industrien von 144 im Januar 1931 auf 99 im März 1932; die entsprechenden Zahlen für die Textilindustrie sind 83 und 55, für die Baugewerbe 130 und 113.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sank die Meßziffer der Produktion der verarbeitenden Industrie (1923/25 = 100) von 119 1929 auf 80 im Monatsdurchschnitt 1931 und 65 im März 1932. Die Meßziffer der Lohnsumme ging im gleichen Zeitraum von 107,4 auf 52,3 zurück — also auf kaum die Hälfte.

Nicht nur die Nationalwirtschaften schrumpfen fortgesetzt ein, nicht nur auf den Binnenmärkten der einzelnen Länder gestalten sich die Absatzmöglichkeiten immer ungünstiger, sondern auch der Weltmarkt wird immer enger. Die Wirtschaftspolitik ist allgemein, wenn auch nicht aus den gleichen Anlässen, auf Drosselung der Einfuhr und

Förderung der Ausfuhr eingestellt. Sie führt zu einer weitgehenden Auflösung weltwirtschaftlicher Verflechtungen, denn bei überall verstärkter Erschwerung der Einfuhr ist naturgemäß eine Ausweitung der Ausfuhr nicht möglich. Dadurch wurden die einzelnen Volkswirtschaften gezwungen, sich mehr und mehr auf eigene Bedarfsdeckung einzustellen und diese Bestrebungen nach Selbstgenügsamkeit, nach Autarkie, machen wieder neue Absperrungen notwendig.

Im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1928, als die Wirtschaftskonjunktur gut war, war der Außenhandelsumsatz von 48 Ländern zusammengenommen Ende 1931 dem Werte nach auf etwa 55 Proz. und der Menge nach auf etwa 85 Proz. zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 1932 dauerte die rückläufige Entwicklung fort und es ist nicht abzusehen, wann sie zum Stillstand kommen wird. Ob man von der Weltwirtschaftskonferenz, die für den Herbst 1932 geplant ist, die Einleitung einer Abkehr von der jetzt vorherrschenden Handelspolitik erwarten darf, ist noch fraglich.

Die seit dem Herbst 1931 eingetretene bedeutende Schrumpfung des Welthandels ist vor allem auf willkürliche Einfuhrhemmungen zurückzuführen. Daneben hat die sinkende Kaufkraft den inländischen wie den ausländischen Bedarf an Rohstoffen und an Fertigwaren nachteilig beeinflußt. Die in vielen Ländern stattgefundenen Entwertung der Währung scheint sich dagegen weniger als Hemmnis der Einfuhr auszuwirken, denn der Einfuhrückgang dieser Länder überschreitet nicht das allgemeine Maß.

Die auf erhöhte Selbstgenügsamkeit eingestellte Handelspolitik und die allgemeine Kaufkraftsenkung führen zu einer fortdauernden Verminderung der Ausfuhr der europäischen und der meisten außereuropäischen Länder. Bemerkenswerte Erscheinungen der jüngsten Entwicklung des europäischen Außenhandels sind die Zurückdrängung der deutschen Ausfuhr durch die britische und die weit über den Durchschnitt hinausgehende Abnahme des Außenhandels der sechs Donauländer Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien. Die Notlage der Mehrzahl der Donauländer ist in jüngster Zeit wiederholt vom Völkerbund untersucht und auf internationalen Konferenzen erörtert worden, ohne daß bisher wirkliche Mittel zur Abhilfe gefunden worden wären. Auch bei der Mehrzahl der anderen Länder Europas betrug der Ausfall des Außenhandels in der ersten Hälfte 1932, gegenüber dem ersten Halbjahr 1931, ein Drittel oder mehr. Der größere Teil der Ausfuhrminderung entfällt auf den innereuropäischen Handel. Der Rückgang des Ueberseehandels ist weniger bedeutend.

Der Außenhandel Europas ist seit dem Herbst 1931 stärker eingeschrumpft als der Außenhandel der überseeischen Länder. Früher war das Verhältnis umgekehrt, was in der starken Wertverminderung der überseeischen Rohstoffe begründet war. Jetzt ist der Ausfuhrüberschuß in einer Reihe von Ueberseeeländern im Wachsen begriffen, in den Vereinigten Staaten aber ging dieser Ueberfluß im letzten Halbjahr noch weiter zurück.

Die Berufsgenossenschaft der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie

Einleitend heißt es in dem Bericht dieser Berufsgenossenschaft: „Das Jahr 1931 hat nunmehr auch bei unseren Industriezweigen — und zwar zum erstenmal seit der Inflation — eine fühlbare Verminderung der Zahl der Versicherten und der Lohnsumme gebracht.“ Aus diesem Satz ist zweierlei ersichtlich. Einmal geht aus ihm hervor, daß es den in Frage kommenden Industriezweigen bis jetzt verhältnismäßig gut ging. Weiter erkennt man wieder einmal, daß die Wirtschaftskrise auch vor den lebenswichtigsten Industrien nicht haltmacht. Versichert waren insgesamt 9100 Betriebe gegen 8995 im Vorjahre. Diese versicherten Betriebe verteilen sich wie folgt:

	1931	1930
Molkereien und Käseereien	7233	7115
Brennereien, Hefefabriken	611	668
Sprittfabriken	15	21
Likörfabriken, Destillationen	797	773
Essigfabriken	213	193
Stärke-, Stärkezuckerfabriken	93	97
Kartoffeltrocknereien	98	95
Melassefuttermfabriken	20	33

Die Zahl der versicherten Personen betrug 71 913 gegen 72 837 im Jahre 1930. Die Zahl der Vollarbeiter sank von 63 817 auf 60 985. Die Lohnsumme ging von 127 508 000 Mk. im Vorjahre auf 117 323 000 Mark zurück. Gesunken ist infolge des Lohnabbaues der auf einen Vollarbeiter entfallende Durchschnittslohn, und zwar von 1998 Mk. auf 1924 Mk. Bei 116 Betrieben wurden die Lohnbücher und Lohnlisten einer Kontrolle unterzogen. In nicht weniger als 75 Betrieben wurden dabei 615 000 Mk. der Genossenschaft nicht angegebene Löhne ermittelt. Diese

wurden von der Genossenschaft mit einer Nachtragsumlage in Höhe von 6199 Mk. belegt. Diese Zahlen zeigen, daß es die Arbeitgeber mit ihren Verpflichtungen der Genossenschaft gegenüber vielfach nicht genau nehmen. Eine zwangsweise Einziehung der fälligen Umlage machte sich in 1753 Fällen nötig. Am Schluß des Jahres 1931 standen aus der Umlage des Jahres 1930 noch 15 600 Mk. offen. Davon wurden 2801 Mk. als uneinbringlich niedergeschlagen. Der Umlagebeschluß schließt mit einem Vortrag von 1 172 000 Mk. ab. Von dieser Ausgabe entfallen auf:

Unfallentschädigungen	816 202 RM.
Unfalluntersuchung	63 185 RM.
Finanzdienst	4 198 RM.
Unfallverhütung	61 111 RM.
Verwaltungskosten	212 285 RM.
Ausgefallene Beiträge	15 628 RM.

An Strafen gegen Unternehmer wurden insgesamt 4760 Mk. verhängt. Hiervon betrafen 1200 Mk. Zuwiderhandlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften. Der Vermögensnachweis schließt mit einem Betrage von 1 755 000 Mk. ab. Die Genossenschaft schreibt hierzu in ihrem Bericht: „Der Grund für diese finanziell äußerst günstige Lage der Berufsgenossenschaft liegt natürlich nicht allein in einer vorsichtigen Finanzpolitik der Berufsgenossenschaft, sondern zum erheblichen Teil in der verhältnismäßig geringen Konjunkturrempfindlichkeit unserer Industriezweige. Es darf keinesfalls übersehen werden, daß die finanzielle Lage von solchen Berufsgenossenschaften, die stark konjunkturabhängige Industrie-

zweige zu versorgen haben heute bereits sehr bedenklich ist."

Von besonderem Interesse sind die Angaben des Berichtes über die Unfälle, Unfallhäufigkeit und Unfallverhütung. Gemeldet wurden insgesamt 4620 Unfälle, von denen 10 tödlich verliefen. Erstmals entschädigt wurden 315 Unfälle. 12 Fälle von gewerblichen Berufskrankheiten wurden gemeldet. Zur Entschädigung führte jedoch keine dieser Berufskrankheiten. Auf je 1000 durchschnittlich beschäftigte versicherte Personen entfielen:

	1930	1931
Gemeldete Unfälle	71	64
Entschädigte Unfälle	4,3	4,4
Tödliche Unfälle	0,2	0,2

Die Genossenschaft schreibt hierzu: „Die geringere Zahl der Unfallmeldungen kann nicht auf Kurzarbeit und Betriebseinstellungen zurückgeführt werden, da die Betriebe unserer Gewerbezweige im Durchschnitt ebenso beschäftigt waren wie in den Vorjahren. Die Gründe dürften in der Hauptsache darin liegen, daß bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen kleine Unfälle oft nicht mehr gemeldet werden, und daß der Verletzte um möglichst baldige Wiederherstellung seiner Gesundheit bemüht ist, damit er seinen Arbeitsposten nicht verliert. Damit ist auch die Tatsache geklärt, daß die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle nicht gefallen ist. Die geringe Steigerung liegt im Rahmen der möglichen Zufallsergebnisse.“ Hierin stellt die Genossenschaft die auch uns bekannt unerfreuliche Tatsache fest, daß viele Arbeitnehmer aus Angst um den Verlust ihrer Arbeitsstelle Betriebsunfälle überhaupt nicht melden. Daß dadurch die Unfallbekämpfung keine Fortschritte machen kann, darauf braucht wohl nicht hingewiesen zu werden. Der Bericht enthält Schilderungen einer Reihe bemerkenswerter Unfälle. Auch auf öfter wiederkehrende Unfälle und Unfallursachen geht er ein.

Von den technischen Aufsichtsbeamten wurden 4544 Betriebe mit 32 418 Arbeitnehmern einer Kontrolle unterzogen. Es sind dies 48 Proz. der versicherten Betriebe und 46 Proz. der versicherten Personen. Dieser immerhin hohe Prozentsatz wird nur von wenigen anderen Berufsgenossenschaften erreicht. Bei den Betriebsrevisionen wurden insgesamt 5064 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt. Außerdem fehlten bzw. waren erneuerungsbedürftig in 620 Fällen die vorgeschriebenen Plakate und in 1254 Fällen das für die erste Hilfe notwendige Verbandzeug. Diese Zahlen zeigen, daß die Unternehmer noch manches tun können, um die Unfallsicherheit in ihren Betrieben zu heben. Im allgemeinen läßt sich über die unangemeldet stattgefundenen Besichtigungen nach den Angaben des Berichtes nicht viel sagen. Nennenswerte Vorschläge zur Verbesserung des Unfallschutzes wurden weder von den Unternehmern noch von den Arbeitnehmern gemacht. Wahrscheinlich hindert auch hier die Angst um den Verlust der Arbeitsstelle die Versicherten, ihre Wünsche zu äußern.

Insgesamt wurden im Berichtsjahre an 1482 Verletzte, 347 Witwen und 143 Kinder Renten gezahlt. Zusammen erhielten 1972 Personen Renten gegen 1934 im Jahre 1930. Abgefunden wurden 5 Rentempfänger. Hierzu kommt noch eine Abfindung zum Erwerb von Grundbesitz im Betrage von 2566 Mk. Bescheide wurden von der Genossenschaft 1050 erteilt. In 357 Fällen wurden von den Versicherten gegen diese Bescheide Berufung eingelegt. Aus dem Vorjahre waren noch 184 Berufungen unerledigt, so daß insgesamt 541 Streitfälle vor den Obergewerksämtern zur Verhandlung standen. Davon wurden entschieden zugunsten der Genossenschaft in 255 Fällen, durch Zurücknahme der Berufung in 39 Fällen, durch Vergleich usw. in 40 Fällen, durch Entscheidung zugunsten der Versicherten in 55 Fällen. Unerledigt blieben 152 Fälle. Diese Zahlen zeigen, daß die Versicherten im Berufungsverfahren recht herzlich wenig Aussicht auf Erfolg haben. An Rekursen (Rechtsmittel gegen die Entscheidungen der Obergewerksämter) standen vor dem Reichsversicherungsamt 79 Fälle zur Verhandlung. Von diesen blieben 39 unerledigt. Zugunsten der Genossenschaft endigten 25 Fälle, während die Versicherten nur in 7 Fällen ein günstiges Urteil erzielten. Die restlichen Streitfälle erledigten sich anderweit. Es ergibt sich hier dasselbe Bild: Die Versicherten erteilen nur in wenigen Fällen ein für sie günstiges Urteil.

Wochenschau

Endgültige Feststellung des Wahlergebnisses. Der Reichswahlprüfungsausschuß stellte bei der Nachprüfung des vorläufigen Wahlergebnisses fest, daß die Zahl der Abgeordneten sich um eins erhöht und der neue Reichstag 608 Mitglieder zählt. Der zuletzt ermittelte Abgeordnetensitz entfällt auf den Reichswahlvorschlag der Bayerischen Volkspartei und somit auf die Wirtschaftspartei, da eine Listenverbindung zwischen diesen Parteien bestand. Die Wirtschaftspartei ist demnach mit zwei Sitzen im Reichstag vertreten.

Größenwahn. In seiner Unterredung mit Hindenburg über die Beteiligung der Nazis an der Reichsregierung hat Hitler in versteckter Form an den Reichspräsidenten das Ansinnen gestellt, Verfassungsbruch zu begehen. Hitler verlangte für sich

die Stellung, die Mussolini nach dem Marsch auf Rom besessen hat. Hitler ist mit seinem Verlangen abgeblüht.

Preußen-SPD-Fraktion verklagt Landtagspräsident. Nachdem der preußische Landtagspräsident Kerrl den für den 16. August einberufenen Landtag eigenmächtig vertagt hat und die verfassungsmäßig berechnete Forderung der SPD, und KPD, nach Einberufung des Landtages unbeachtet ließ, wurde von der SPD-Fraktion der Staatsgerichtshof angerufen. Verlangt wird von ihm eine einstweilige Verfügung, durch die Kerrl gezwungen werden soll, den Landtag einzuberufen.

Weltfriedenskongreß in Wien. Vom 4. bis 9. September wird in Wien der Weltfriedenskongreß tagen. Er wird sich neben anderen aktuellen Fragen mit dem gegenwärtigen Stand der Abrüstungsfrage und mit der Weltwirtschaftskrise befassen. Der österreichische Bundeskanzler Dollfuß hat den Vorsitz im Ehrenkomitee übernommen.

Berufliche Gliederung der Nazi-Reichstagsfraktion. Die neue Nazifraktion im Reichstag umfaßt 230 Abgeordnete. Darunter befinden sich nur 16, die mit Recht die Bezeichnung Arbeiter tragen. Mit dem Einfluß der Arbeiter scheint es in dieser „Arbeiter“-partei also nicht weit her zu sein. 47 Abgeordnete bezeichnen sich als Rittergutsbesitzer und Landwirte. 31 gehören den freien Berufen an. Dann gibt es noch 23 Fabrikanten und Kaufleute, 21 Beamte, 17 Parteiangestellte und 15 ehemalige Offiziere. Mit welchem Recht sich diese Partei „Arbeiterpartei“ nennt, bleibt unerfindlich.

Arbeitslosigkeit in Italien. In Italien steigt die Arbeitslosigkeit weiter. Ende Juli wurden amtlich 931 000 Arbeitslose registriert. Davon erhielten nur 275 000 Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeitslosigkeit ist in Wirklichkeit größer, als in den amtlichen Zahlen zum Ausdruck kommt.

Zinsherabsetzung in England. Der englische Finanzminister verlangte unlängst von den Besitzern englischer Kriegausleihe, freiwillig einer Herabsetzung der Verzinsung von 5 auf 3½ Proz. zuzustimmen. Trotz der großen Skepsis ist diesem Verlangen ein großer Erfolg beschieden gewesen. Ihre Zustimmung zu dieser Zinsherabsetzung haben bisher 90 Proz., die über einen Betrag von 30 Milliarden Mark verfügen, gegeben. Nur ein geringer Bruchteil ist mit der Herabsetzung des Zinsfußes nicht einverstanden. Der englische Staatshaushalt wird damit jährlich um rund 340 Millionen Mark entlastet.

SA meutert. Wegen der unerfüllt gebliebenen Versprechungen ist es innerhalb Hitlers Bürgerkriegsarmee zu Auseinandersetzungen gekommen. Während in Berlin und in anderen Orten die offene Auflehnung bisher verhindert werden konnte, sind in Köln wegen Meuterei einige Formationen aufgelöst worden, weil die Leitung anders nicht Herr der Lage bleiben konnte.

40 000 Zentner Hopfen werden vernichtet. Aus Prag wird berichtet, daß im Saazer Hopfenbaugebiet 40 000 Zentner Hopfen, die aus der vorjährigen Ernte stammen, vernichtet werden sollen. Es geschieht dies, um die Preise für den neuen Hopfen auf der Höhe zu halten. Dieser Vorgang muß ebenfalls eingeordnet werden unter der Rubrik: Kapitalistische Wirtschaft.

Reichstagszusammentritt am 30. August. Nach einer Rücksprache mit dem Reichskanzler ist vom Reichspräsidenten Löbe der neue Reichstag zum 30. August zu seiner ersten Tagung einberufen worden. Die Eröffnung wird von dem ältesten Abgeordneten geleitet. Es ist dies Frau Klara Zetkin, die zu diesem Zweck von ihrem ständigen Aufenthalt in Rußland nach Berlin kommt.

Millionen warten auf Arbeit

Wer hilft ihnen?

Die hinter uns liegenden politischen Wahlen haben es verhindert, daß das Problem der Arbeitsbeschaffung ernsthaft der Lösung zugeführt wird. Jetzt, nachdem diese Wahlen vorüber sind, ist nichts vordringlicher, als Arbeit zu schaffen. Hindenburg hat, ehe er wieder nach Ostpreußen abreiste, den Reichskanzler eindringlich auf die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung hingewiesen. Was tut nun Papen, um den Wünschen Millionen verzweifelter Menschen entgegenzukommen, um Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen im Hinblick auf den bevorstehenden Winter? Greift er die bereits fertiggestellten Pläne des Kabinetts Brüning auf, denen zufolge 600 000 Arbeiter produktiv beschäftigt werden können? Zeigt er besonderes Interesse für die Pläne der Gewerkschaften, die doch gewiß sachverständiger auf diesem Gebiete sind als seine Freiherrn, Barone und das um ihnen herumhängende Bürokratenheer?

Er macht keines von beiden. Er will vielmehr Arbeit schaffen nach eigener Art. Seine von ihm geplanten Maßnahmen laufen darauf hinaus, den wenigen Arbeitern, die noch im Betriebe stehen, die tarifliche Lohnsicherung zu nehmen. Er macht damit den Unternehmern den Weg frei, die Löhne weiter zu kürzen. Er erfüllt also den Unternehmern ihre Wünsche, die diese in das Schlagwort von der „Auflockerung der Tarifverträge“ gekleidet haben.

Es ist eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß durch eine weitere Senkung der Löhne der Unternehmer in der Lage ist, für mehr Menschen Arbeitsplätze bereitzustellen. Der Unternehmer denkt gar nicht daran, mehr Menschen zu beschäftigen als er notwendig hat. Für ihn bedeutet die Senkung der Löhne eine Steigerung seines Gewinnes. Damit ist aber nicht den Arbeitslosen geholfen. Die einzig mögliche Hilfe ist gegeben in der Erhaltung und der Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Pläne der Gewerkschaften aufgestellt worden.

Leipart, der Vorsitzende des ADGB., faßte diese Pläne kürzlich in einem Artikel, der im „Berliner Tageblatt“ erschien, wie folgt zusammen:

„Es müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt — Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost. Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen. Für die Deckung der Kosten sind in erster Linie die durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie die von ihnen aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu verwenden. Darüber hinaus müssen sämtliche noch auftreibbaren Mittel herangezogen werden.“

Die Vorschläge der Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung sind hier klar herausgearbeitet. In den weiteren Ausführungen behandelt Leipart die Finanzierungsfragen. Im Mittelpunkt steht die Kombination der Banken. Die Gewerkschaften seien, so führt Leipart weiter aus, keine Befürworter neuer finanzpolitischer Abenteuer und wünschen die Aufrechterhaltung der Währung. Leipart schließt seine Forderungen und Mahnungen folgendermaßen: „Die Geduld und die Spannkraft des Volkes sind so gut wie ausgeschöpft. Es kann kein gefährlicheres Abenteuer geben, als die Entwicklung ihrem natürlichen Laufe weiter zu überlassen. In zwölfter Stunde können wir uns nicht mehr den Luxus der Politik des Wartens leisten.“

Umbau der Wirtschaft

Der Weg aus der Krise.

Solange die Wirtschaft nach kapitalistischen Gesichtspunkten geleitet wird, werden Wirtschaftskrisen niemals zu verhindern sein. Wer es also ernst meint mit dem Willen, dem werktätigen Volke, das unter einer Wirtschaftskrise immer am stärksten zu leiden hat, zu helfen, der muß bestrebt sein, die kapitalistische Wirtschaft umzuformen und sie zu gegebener Zeit ganz zu beseitigen. Die Sozialdemokratische Partei verfolgt dieses Ziel in den Parlamenten: unterstützt von den freien Gewerkschaften, die in täglicher Kleinarbeit die Auswirkungen des Kapitalismus abzuwenden versuchen. Rückblickend auf die vergangene Zeit ist festzustellen, daß diese Arbeit nicht erfolglos geblieben ist. Auch unter den schwierigsten Umständen war es möglich, die Arbeiter, sofern sie selbst sich nicht abseits stellten, vor der schlimmsten Ausbeutung zu schützen.

Die Krise, unter der wir gegenwärtig zu leiden haben, hat das kapitalistische Wirtschaftssystem schwer in Mißkredit gebracht. Wollte man glauben, daß die Nazi-Partei eine antikapitalistische Partei ist, dann würde sich ergeben, daß das deutsche Volk mit nur geringen Ausnahmen sich einig darin ist, die kapitalistische Wirtschaft zu beseitigen. Inwieweit dies geschieht, wird sich sehr bald herausstellen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits die Initiative ergriffen und dem in den nächsten Tagen zusammentretenden Reichstag Anträge unterbreitet, deren Ziel es ist, die Wirtschaft umzubauen.

In den Anträgen wird zunächst verlangt, die letzte Notverordnung aufzuheben und die Unterstützungskürzungen sowie die neuen Steuern wieder rückgängig zu machen. Das Kernstück der sozialdemokratischen Anträge sind die Gesetzentwürfe über den Umbau der Wirtschaft. Es wird gefordert: Sozialisierung des Bergbaues, der Eisenindustrie, der Großchemie sowie Verstaatlichung der Großbanken. Ein besonderer Gesetzentwurf verlangt die Enteignung des Großgrundbesitzes, damit das freierwerbende Land zu Siedlungszwecken an Landarbeiter und Kleinbauern verteilt werden kann.

Für die Zeit des Ueberganges soll die Ueberwindung der Wirtschaftskrise und die Verminderung der Arbeitslosigkeit durch planmäßige Arbeitsbeschaffung und gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erleichtert werden. Die Arbeitsbeschaffung soll umfangreiche öffentliche Arbeiten, die Förderung der Hausreparaturen und die Beschäftigung von Arbeitslosen in stillliegenden Fabriken und Werkstätten umfassen. Zur Finanzierung dieses Programms werden detaillierte Vorschläge gemacht, in denen die Auflegung einer Arbeitsbeschaffungsanleihe, die Streichung der Fürstenabfindung sowie die Einführung von Notsteuern auf hohe Einkommen und Vermögen und eine Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen enthalten sind.

Der neue Reichstag wird also Arbeit genug vorfinden, und wenn er der antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes entsprechen will, so werden ihm Hindernisse nicht im Wege stehen.

Karl Gerwoldt, 25 Jahre Verbandsangestellter



Unser Kollege Karl Gerwoldt, Verbandsangestellter in der Ortsgruppe Hamburg, feierte in diesen Tagen seine 25-jährige Dienstzeit in der Organisation. Als einer der aktivsten der Brauereiarbeiter nahm er an dem sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg

dieser unserer Berufsgruppe lebhaften Anteil in den vordersten Reihen. Die Hamburger Brauereiarbeiter hatten, wie im allgemeinen die Hamburger Arbeiterschaft, einen scharfen Kampf gegen das autokratisch eingestellte Unternehmertum zu führen. Davon zeugt der vor 40 Jahren ausgefochtene Streik und Boykott, bei dem auch unser Jubilar im Vordertreffen stand. Nur dem eisernen Willen unserer kämpfenden Kollegen war es möglich, Bresche in die unhaltbaren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu legen und der Organisation freien Weg für den Aufstieg zu bahnen.

Seit dem 18. August 1907 steht unser Freund als Angestellter im Verband und viele Jahre vorher hat er in treuer Pflichterfüllung seinen Berufskollegen mit Rat und Tat beigegeben. Unermüdet war er tätig an dem Aufbau der Organisation. Der Krieg erschütterte stark seinen Gesundheitszustand. Seine zähe Energie, sein großer Glaube an die Sache flößte ihm Kraft ein, um dieses Leiden bald überstehen zu können. Welch viele wertvollen Arbeiten von ihm für seine Berufskollegen und später in der Einheitsorganisation verrichtet wurden, davon sind unsere Hamburger am besten informiert.

Nicht nur im engeren Berufskreis sehen wir unsern Jubilar vorbildliche Arbeit leisten, sondern auch in der allgemeinen Arbeiterbewegung als Partei- und Genossenschaftsfunktionär. Und auch hier hat er sein Bestes zum Aufstieg beigegeben.

Wir wünschen unserm Freund noch lange Jahre volle Gesundheit zur Mitarbeit in dem großen Ringen mit den feindlichen Mächten der Arbeiterschaft. Harte Zeiten werden uns noch bevorstehen. Sie zu überwinden kann nur in vereinter Kraft mit unsern alten, stets zu Opfer bereiten Kollegen geschehen.

Fleischversorgung und Fleischverbrauch

Die Einführung der Schlachtsteuer in Preußen hat das Interesse am Fleischverbrauch mehr denn je geweckt. Sie drückt auf den Landwirt, den Viehhändler, den Engrosschlächter, den Ladenfleischer und alle sonstigen, an der Verarbeitung des Schlachtviehes beteiligten Kreise und vor allem auf den Konsumenten resp. Verbraucher, weil auf diesen die Steuerlast abgewälzt wird. Jeder kalkuliert die Steuer in den Ein- und Verkaufspreis ein, und der Konsument, als letzter, muß den Einkaufspreis mit seinem Einkommen in Uebereinstimmung bringen. Zwingt die Wirtschaftsnot an sich schon zur Einschränkung, so wirkt sich jede Preiserhöhung noch mehr dazu aus. Trotz der verhältnismäßig niedrigen Preise geht der Umsatz ständig zurück.

Eine Uebersicht über den Schlachtviehverbrauch zeigt der Viehaufrtrieb auf den 39 bedeutendsten Schlachtviehmärkten im zweiten Vierteljahr 1932 und in einer Reihe von Vorjahren, wobei 1909 bis 1913 = 100 gesetzt wurde:

2. Vierteljahr	Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
1909/13	100	100	100	100
1921/25	88	89	78	53
1926/30	94	102	92	99
1931	93	92	85	102
1932	97	101	81	95

Nur bei Kälbern war der Auftrieb gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1909/13 geringfügig höher. Einer Zunahme der Auftriebe gegenüber dem 2. Vierteljahr 1931 bei Rindern und Kälbern steht eine Abnahme bei Schafen und Schweinen gegenüber.

Die „Monatlichen Nachweise“ über den auswärtigen Handel zeigen über die Einfuhr von Vieh, Fleisch und Fetten im 1. Halbjahr 1932 und für den Vergleich zu 1931 folgendes Bild:

Lebendvieh-Einfuhr

	1. Halbjahr (in Stück)	
	1932	1931
Kälber	734	6 280
Jungvieh	5 356	2 693
Kühe	21 623	30 598
Bullen	6 805	7 217
Ochsen	1 359	5 467
Schafe	7	495
Schweine	12 604	63 035

Gegenüber dem 1. Halbjahr 1931 ist die Einfuhr von Vieh, mit Ausnahme von Jungvieh, teilweise erheblich, besonders bei Schweinen, zurückgegangen. Nicht minder zeigt sich das bei der Frischfleisch-einfuhr:

	1. Halbjahr	
	1932	1931
Rind- (Kalb-) Fleisch	13 494	62 588
Schweinefleisch	90 664	104 874
Schaffleisch	380	507
Schweinespeck	101 936	58 000

Eine Ausnahme bildet lediglich Schweinespeck, dessen stärkere Einfuhr wohl hauptsächlich auf die alsbald erfolgte Zollerhöhung zurückzuführen ist.

Enorm zurückgegangen ist auch die Gefrierfleisch-einfuhr:

	1. Halbjahr	
	1932	1931
Innereien vom Rind	209	1 230
Innereien vom Schwein	1 371	4 911

Jahr	Arbeits-einkommen	Fleischverbrauch	Schweinefleischverbrauch
	in Milliarden Mark	in Milliarden Mark	in Prozent vom Gesamtfleischverbrauch
1925	33,9	5,98	17,6
1926	34,1	6,14	18,0
1927	38,1	6,26	17,4
1928	41,9	6,91	16,5
1929	42,8	7,46	17,4
1930	39,9	6,93	17,4
1931	33,4	5,48	16,4

1932 30,0*) 5,00*) 16,7*) 60,0*)
*) Geschätzt auf Grund der Entwicklung der vorangegangenen Jahre.

Da für 1932 das deutsche Arbeitseinkommen (Angestellte, Arbeiter und Beamte) auf rund 30 Milliarden Mark geschätzt wird, könnte die deutsche Fleischwirtschaft mit einem Fleischetat von 5 Milliarden Mark rechnen.

Im 3. Vierteljahr 1932 zeigt sich, wie die Monate Juli/August aufweisen, eine nicht unerhebliche Steigerung der Schlachtviehpreise. Die Schlachtsteuer, die nun auch in anderen Ländern des Reiches nach Preußen eingeführt ist bzw. wird, gibt eine günstige Gelegenheit, die Preise noch weit über die Erhöhung durch die Schlachtsteuer zu treiben. Wenn diese Interessenten glauben, so einen Ausgleich auch auf die außergewöhnlich niedrigen Häute- und Fellpreise zu erzielen — der Wert der verarbeiteten Häute sank gegenüber dem Vorjahre um 116 Millionen Mark —, so werden die Tatsachen beweisen, daß alle diesbezüglichen Kalkulationen falsch sind. Höherer Fleischverbrauch, höhere Schlachtvieh- und Fleischpreise können nur erzielt werden, wenn die Verbraucher das entsprechende Einkommen haben. Dazu gehört Stärkung der Kaufkraft durch ausreichende Arbeitsbeschaffung und damit die Hebung der Gesamtwirtschaft, wodurch auch die Kaufkraft der Verbraucher gehoben und Reich und Ländern, einschließlich Landwirtschaft, geholfen werden kann.

Besserung in der Brauindustrie

Das ausnehmend schöne, zeitweise sehr heiße Wetter in den letzten Wochen hat den Bierumsatz in allen Teilen des Reiches etwas gefördert. Die Größe der Umsatzsteigerung ist verschieden. Sie ist auch bei weitem nicht in dem Maße eingetreten wie in den vergangenen Jahren. Die Einkommensverschlechterungen und die weiter absinkende Konjunktur machen sich besonders stark bemerkbar. Von einer Abnahme der Arbeitslosigkeit unter den Brauereiarbeitern ist nur wenig zu merken. Vielfach reichte die Steigerung des Bierumsatzes nur dazu aus, die Kurzarbeit zu beseitigen. Bedauerlich ist, feststellen zu müssen, daß in einigen Fällen von Neueinstellungen Abstand genommen wurde, obwohl die vorliegende Arbeit sie voll auf gerechtfertigt hätte. Teilweise wurde versucht, aus der verringerten Belegschaft durch vermehrte Antreiberei unmögliche Arbeitsleistungen herauszuholen. Dagegen kann nicht scharf genug protestiert werden. Es wäre zu begrüßen, wenn in allen diesen Fällen die Öffentlichkeit mobil gemacht werden würde.

Ueber die Lage der Brauindustrie im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Berlin gibt folgender Bericht dieser Institution Auskunft. Danach hat die mit Anfang des Berichtsmonats eingetretene günstigere Witterung dazu geführt, daß das bisher zu überrückende Absatzergebnis sich nicht ganz so ungünstig darstellt, wie es in all den Vormonaten der Fall gewesen ist. Während aber in konjunkturell normalen Zeitläuften die beobachtete sommerliche Wärme einen starken Aufschwung des Bierverbrauchs gebracht haben würde, ist jetzt infolge der immer noch zunehmenden Depression und in Auswirkung der nicht ausreichenden Biersteuer-senkung nicht damit zu rechnen, daß das Gesamtergebnis des Monats Juli das des gleichen Monats im Vorjahre erreichen wird. Von bedeutsameren Mengen- oder Preisbewegungen auf den Rohstoffmärkten ist nichts zu berichten. Die zur Zeit von einigen Teilen der Landwirtschaft erhobene Forderung auf eine Standardisierung der Braugerste muß als eine neue, ernste Gefährdung zahlreicher Unternehmungen des deutschen Braugewerbes angesehen werden, weil bei der besonders großen Vielfältigkeit von Beschaffenheitsgraden dieses Rohstoffes mit einer Festlegung auf wenige Qualitätstypen keine Förderung produktionstechnischer Höchstleistungen gegeben ist.

Unfug der Meisterprüfung im Konditorgewerbe

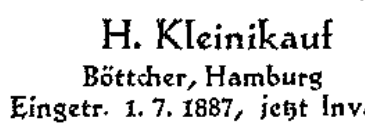
Die starke Ueberfüllung des Konditorberufes mit gelerntem Arbeitskräften führt immer mehr dazu, unhaltbare Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Jeder ausgebildete Konditorgehilfe ist mit allen Mitteln bestrebt, sich seinem Berufe zu erhalten. Der Besitz eines einwandfreien Lehrzeugnisses genügt heute kaum noch, diesem Vorhaben Rückhalt zu geben. Alle erdenklichen Mittel

40 Jahre Treue zum Verband

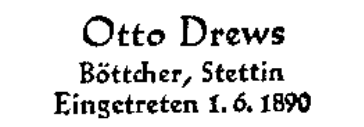


Diedrich Lauterbach

Böttcher, Hamburg
Eingetreten 6. 4. 1889



H. Kleinikaf
Böttcher, Hamburg
Eingetr. 1. 7. 1887, jetzt Invalide

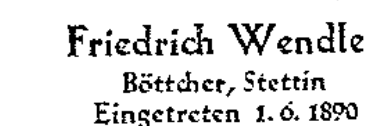


Otto Drews
Böttcher, Stettin
Eingetreten 1. 6. 1890

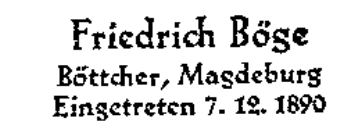


Carl Brünn

Böttcher, Stettin
Eingetreten 1. 8. 1890



Friedrich Wendler
Böttcher, Stettin
Eingetreten 1. 6. 1890



Friedrich Böge
Böttcher, Magdeburg
Eingetreten 7. 12. 1890

Der Rückgang der Vieh- und Fleischeinfuhr weist auch dementsprechenden Rückgang der Zolleinnahmen auf.

In der Nachkriegszeit konnte der höchste Fleischverbrauch im Jahre 1928 mit 52,8 Kilo je Kopf der Bevölkerung registriert werden. Seitdem ist der Fleischverbrauch langsam gesunken. Als Auswirkung des großen Schweinebestandes und der daraus folgenden hohen Auftriebsziffern stieg der Fleischverbrauch im Jahre 1931 wieder etwas an, liegt jedoch für 1931 mit 32,8 Millionen Doppelzentner und 50,8 Kilo je Kopf der Bevölkerung niedriger als im Jahre 1928. Die Auswirkungen der noch stärker gewordenen Wirtschaftskrise zeitigten einen noch weiteren Rückgang.

Alle Bemühungen der Regierungen, die Landwirtschaft „wieder rentabel“ zu gestalten, helfen nicht, wenn nicht die allgemeine Wirtschaftslage sich bessert und vor allem die riesige Arbeitslosigkeit verschwindet. Die Frischfleischverbilligungsaktion sollte eine Beruhigungspille sein, weiter war sie auch nichts. Was nützt dem Schlachtviehproduzenten ein verbilligter Futtermittelpreis, der obendrein noch über dem Weltmarktpreisniveau steht, was nützt der Wille zur Schlachtviehpreiserhöhung, deren Folge Fleischpreiserhöhung ist, wenn die Kaufkraft der Konsumenten fehlt und damit keine Garantie für entsprechenden Umsatz geschaffen werden kann. Da nützen auch alle Schätzungen nichts, wie solche die Zahlendarstellung veranschaulichen, wonach rund ein Sechstel des Arbeitseinkommens dem Fleischverbrauch zugeführt wird.

werden seitens der stellensuchenden Gehilfen angewandt, um bei den Konditormeistern als gut qualifizierter Fachmann zu gelten. Die fachliche Berufserfahrung, die oft in jahrelanger praktischer Tätigkeit ihre Begründung und Stütze findet, kommt oft nicht mehr zur Geltung. Das Prädikat, die Meisterprüfung im Konditorgewerbe abgelegt zu haben, ist das A und O der jetzigen Gehilfengeneration. Alle glauben, ohne im Besitz dieses Titels zu sein, den Verhältnissen nicht mehr Rechnung tragen zu können; sie sind dem Wahn verfallen, daß Bewerbungen um offene Gehilfenstellen nur dann Erfolg haben können, wenn sie die Meisterprüfung absolviert haben. Wie weit die Jagd nach diesem Phantom schon eingerissen ist, ist daran zu erkennen, daß der Andrang zu den Meisterprüfungen, sei es bei den Handwerkskammern, Innungen und besonders bei den privaten Fachschulen, derart groß geworden ist, daß er kaum noch bewältigt werden kann.

So wurde neuerdings wiederum eine Anzahl junger Gehilfen durch die Heckmann'sche Konditorei-Fachschule in Köln zu Meistern befördert, ohne daß die Praxis dafür spricht, daß diese in kurzfristigen Kursen ausgebildeten Meister im Berufsleben ihren Mann stehen werden. Aber auch die Handwerkskammern und Innungen sollten sich bei der Zulassung zur Meisterprüfung vor Augen halten, daß es sich bei der Verleihung des Meistertitels überwiegend um eine schöne Geste handelt, denn 90 Proz. der Prüflinge werden kaum die Möglichkeit haben, selbständig zu werden. Wie weit aber der Gehilfe als Arbeitnehmer durch den Besitz des Meistertitels Vorteile genießt, die in seinem besonderen Interesse liegen, — darüber konnten wir trotz großer Bemühungen kein Material bekommen.

So betrachten wir auch beispielsweise die schönen Reden, wie sie nach einem Bericht der „Konditorei“ der Bundespräsident Funke-Kaiser kürzlich anlässlich einer Kürung von 24 neugebackenen Meistern für den Regierungsbezirk Düsseldorf von Stapel ließ, als etwas Unerfüllbares. Auch diesen jungen Gehilfen wird trotz ihres Meisterbriefes das Schicksal der Arbeitslosigkeit nicht erspart bleiben. Alle klebrigen Experimente ändern das Grundübel nicht. Solange die Arbeitgeber nicht bestrebt sind, die Wirtschaftskrise mit anderen Mitteln zu bekämpfen als mit einem immer wiederkehrenden Lohnabbau und mit den Schönheitspflästerchen der Verleihung von Meistertiteln, mit denen die Gehilfschaft über ihre traurige Lage hinwegtröstet werden soll, solange wird es nicht besser werden.

Verwerfen und bedauern müssen wir die Form des Existenzkampfes der Gehilfen untereinander und gegeneinander. Sorgen wir dafür, daß die Meisterbriefgehilfen, die recht oft nicht die besten Praktiker sind, nicht noch den letzten alten erfahrenen Gehilfen aus seiner Arbeitsstelle verdrängen. Heute gilt es mehr denn je, auf der Hut zu sein. Einigkeit tut not!

Wie lange bleibt Amerika noch „trocken“?

In Amerika ist Hochbetrieb, aber nicht in der Wirtschaft, das zeigen die steigenden Zahlen der Arbeitslosen, sondern im Kampf um die Aufhebung des Alkoholverbots. Die gute Konjunktur in den Nachkriegsjahren hielt dort länger an als in Deutschland. Doch die europäische Wirtschaftskrise war auch den Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Verhängnis. Viele setzen ihre Hoffnung darauf, daß durch die Aufhebung des Alkoholverbots Hunderttausende Arbeit erhalten und gleichzeitig das Land von einem lästigen Gesetz befreit wird. Führende Zeitungen und Wirtschaftspolitiker, die bisher für das Alkoholverbot eingetreten sind, schwenken ab und unterstützen die Wiedereinführung von Bier. Auch die amerikanischen Gewerkschaften treten für die sofortige Aufhebung des Alkoholverbots ein.

Die bevorstehende Präsidentenwahl wird im Zeichen „naß“ oder „trocken“ geführt. Probeabstimmungen fielen zugunsten der „Nassen“ aus. Offen erklärte sich die Demokratische Partei für die Beseitigung des Prohibitionsgesetzes und führt auch ihren Wahlkampf in diesem Sinne. Der jetzige Präsident Hoover erklärte in seiner Programmrede, daß er sich zur Beibehaltung der Prohibition bekenne, er befürworte aber Entscheidungsfreiheit der Einzelstaaten. — Na also!

Es wird zwar nicht leicht sein, das Gesetz zu ändern, weil zur Beseitigung die Volksvertretung mit Dreiviertelmehrheit zustimmen muß. Hoffentlich gelingt es bald, das Gesetz zu beseitigen, das Korruption begünstigt, Menschen zu Gesetzesächtern macht und die Gefängnisse füllt.

Kommt endlich die Einsicht?

Der Einheitsverband der Agrargenossenschaften sagt in seinem Bericht für das Jahr 1931 über die Autarkieparolen:

„Es ist ein Irrtum, zu glauben, die Landwirtschaft würde mit einem Schlage gesunden und erstarken, wenn die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande völlig unterbunden würde und die deutsche Volkswirtschaft völlig losgelöst von der Weltwirtschaft nach dem Beispiel der übrigen Länder sich auf sich selbst zurückzöge, in Selbstgenügsamkeit oder Autarkie, wie das in letzter Zeit so viel gebrauchte und mißbrauchte Schlagwort lautet. Die Landwirtschaft wäre dann produktionstechnisch wohl in der Lage, den Lebensmittelbedarf der deutschen Bevölkerung aus eigener Scholle zu decken, aber sie wäre, auch bei verhältnismäßig guten Preisen, kaum in der Lage, einen so großen Teil der industriellen Produktion aufzunehmen, wie die Industrie absetzen muß, um Arbeit für ihre Arbeiterschaft zu haben... Fehlt diese Ausfuhr — infolge des Abschlusses eines Landes, das die Sperrung etwa als Gegenmaßnahme gegen einen deutschen Agrarzoll vorgenommen hat —, so hat ein Teil der Arbeiterschaft keine Arbeit, ihr Einkommen sinkt und

aufgehenden, gleichmäßig lockeren Teig gibt. Es kann allerdings die Backfähigkeit jeden Mehles durch längeres Liegen etwas erhöht werden. Der dadurch verursachte Zinsverlust aber verträgt sich nicht mit modernem Wirtschaftsbetrieb. Insbesondere das amerikanische Getreide gibt ein Mehl von hoher Backfähigkeit. Auf gute Backfähigkeit und gleichmäßige Backfähigkeit muß aber vor allem dann gesehen werden, wenn der Bäckereibetrieb weitgehend automatisiert ist (wie dies in Amerika zum Teil der Fall) und dann, wenn die Brötchen stets zu bestimmter Zeit dem Kunden geliefert werden müssen, die zur Herstellung zur Verfügung stehende Zeit eine beschränkte ist, wie dies bei uns der Fall.

Zuerst war man in Amerika darangegangen, durch chemischen Zusatz das Aussehen des Mehles zu verändern, es weißer zu machen, das Mehl zu „bleichen“ oder seine Backfähigkeit noch mehr zu erhöhen, es zu „verbessern“, zu „veredeln“. Die Konkurrenz des amerikanischen Mehles, das 1924 bis 1926 in großen Mengen in Deutschland eingeführt wurde, zwang zunächst die deutschen Großmühlen auch ihrerseits diese Mittel zu benutzen. Um das Jahr 1925 begann die Verwendung von Bleich- und Verbesserungsmitteln in Deutschland. War es aber in diesen Jahren noch immer möglich gewesen, durch geeignete Mischung ausländischer und inländischer Getreidesorten gegebenenfalls auch ohne chemischen Zusatz ein gut und stets gleichmäßig backfähiges Mehl herzustellen, so änderten sich diese Verhältnisse, als durch Zollgesetzgebung und „Vermahlungszwang“ die Einfuhr und Verwendung ausländischen Getreides weitest gehend eingeschränkt, die Mühlen gezwungen wurden, in sehr hohem Prozentsatz, zeitweise nahezu ausschließlich inländisches Getreide zu vermahlen. Mit dem Gesetz über die Vermahlung von Inlandsweizen vom 4. Juli 1929 hat die Verwendung der Verbesserungsmittel ganz ungemein zugenommen. Hatte der sogenannte „Enquete-Ausschuß“ bereits 1928 angenommen, daß wohl alle Großmühlen und der größte Teil der mittleren Mühlen mit den Vorkehrungen zur Anwendung von Verbesserungsmitteln ausgerüstet sind, so ist seitdem die Verwendung der Verbesserungsmittel wohl —

damit ihre Kaufkraft; was hilft dem Landwirt dann der Zollschutz, wenn die Kaufkraft der Industriebevölkerung fehlt, um eine genügende preissichernde Nachfrage zu erzeugen?“

Bei Abfassung dieses Berichts gehörte der gegenwärtige Reichsernährungsminister Freiherr von Braun dem Präsidium dieses Einheitsverbandes an!

Das, was hier gesagt wird, haben die Arbeiterorganisationen schon seit vielen Jahren vertreten mit dem leider einzigen bisherigen Ergebnis, daß sie von den landwirtschaftlichen Vertretern als landwirtschaftsfeindlich hingestellt und verleumdet wurden.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im Juli

Keine Besserung der Arbeitsmarktlage! Diese Feststellung trifft für den großen Bestand der Arbeitslosigkeit im allgemeinen und auch für unsere Berufsgruppen im besonderen zu, obgleich doch vor den vielen politischen Wahlen im Laufe dieses Jahres selbst die reaktionärsten Parteien, nicht zuletzt die Nazis, den Wählermassen Arbeit und Brot in Hülle und Fülle versprochen haben. Alle Vorschläge der Gewerkschaften auf Arbeitsbeschaffung werden dagegen von den Herrschenden in der Regierung und der Wirtschaft immer wieder abgelehnt. Die Landesarbeitsämter berichten, daß im Bäcker- und Fleischerberuf höchstens einige Aushilfs- oder Saisonstellen vermittelt wurden. In der Getränkeindustrie, in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie und den anderen Gruppen der Nahrungsmittelindustrie macht sich die gedrosselte Kaufkraft immer weiter bemerkbar. Die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen unter unseren Verbandsmitgliedern bestätigen, wie die untenstehende Zusammenstellung zeigt, in äußerst krasser Weise dieses trübselige Bild des Arbeitsmarktes:

Industriegruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	Juni 1932	Juli 1932	Juni 1932	Juli 1932
Getränkeindustrie ..	10 755	10 588	37 943	37 520
Süßwarenindustrie ..	5 597	5 533	7 130	9 282
Bäcker u. Konditoren .	6 427	6 435	2 528	2 508
Fleischer	4 324	4 457	2 202	2 645
Müller	2 173	2 189	1 386	1 576
Böttcher u. Weinküfer	2 748	2 628	1 188	1 221
Insgesamt	32 024	31 825	52 377	54 752

Vom Gesang

In vielen Städten gibt es Verbandsgesangvereine, die dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund angehören. Daß auch unsere Berufsgesangvereine Existenzberechtigung haben, hat unser Bruderverein „Concordia“, Hannover, in seinem 50jährigen Jubiläumskonzert bewiesen, dessen künstlerisch wertvolles Programm

wenigstens bei Weizenmehl — fast allgemein geworden; zurückstehen in dieser Entwicklung — was der Enquete-Ausschuß für 1928 festgestellt hatte — die Gebiete östlich der Oder und das rechtsrheinische Bayern.

Die verwandten Bleichmittel sind: der elektrische Lichtbogen (zur Wirkung kommen untersalpetrische Gase), das Goloverfahren (Chlorgas mit 0,5 Proz. NOCl), das Ageneverfahren, bei dem Stickstofftrichlorid NCl₃ zur Wirkung kommt und „Novadelox“, das ist Benzoylsuperoxyd mit der dreifachen Menge sauren phosphorsauren Kalziums. Einzelne dieser Bleichmittel sollen auch „verbessernd“ wirken. Die drei letztgenannten sind durch Erlaß des Reichsministeriums des Innern ausdrücklich zugelassen.

Von größerem Interesse sind für uns die „Verbesserer“. Ihre Wirkung besteht darin, daß sie auf den Kleber des Getreidekerns einwirken und seine Quellung günstig zu beeinflussen vermögen. Die gebräuchlichsten sind Elco II (vor allem bromsaures Kali), Porit (zu 70 Proz. aus Ammoniumsulfat bestehend, der Rest saures Kalziumphosphat), Glutin, ein Gemisch von Elco II und Porit, Secalit (saures Kalziumphosphat), Multaglut zu gleichen Teilen aus Ammoniumsulfat und Kalziumphosphat bestehend. Die Mengen, die verwandt werden, sind sehr klein, 0,5 bis 6 g auf 100 kg Mehl, nur vom Multaglut wird mehr verwandt: 10 bis 40 g. Aber überhaupt hat man bei Beginn der Verwendung von Verbesserungsmitteln größere Dosen verwandt als heute. Man ist übrigens heute imstande, auch diese kleinsten Mengen im Mehl durch geeignete recht einfache Proben nachzuweisen. Hierüber, wie auf zahlreiche andere Details, sei auf die ausführliche Veröffentlichung im Archiv für Gewerbepathologie (Bd. 3 1. Heft) verwiesen. Als sicher kann angenommen werden, daß diese Mengen der verwendeten Chemikalien ohne jeden nachteiligen Einfluß für den Verbraucher sind; darüber liegen Gutachten vor, — an ihre Wirkung auf die Müller und Bäcker hat man nicht gedacht.

Anders als in der Müllerei war die wirtschaftliche Entwicklung im Bäckergewerbe. Von einer Entwick-

Untersuchungen über das Bäckerekzem und dessen Ursachen *)

I.

Wirtschaftliche und gesundheitliche Wandlungen in Mühlenindustrie und Bäckergewerbe.

Von Dr. L. Teleky, Düsseldorf.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte ist auch in die Müllerei der moderne Großbetrieb eingedrungen. Von 1875 bis 1925 hat die Zahl der Müllereibetriebe um 41,4 Proz., die Zahl der in ihnen beschäftigten Personen um 27,5 Proz. abgenommen, die Menge der verwandten motorischen Kräfte, in Pferdestärken ausgedrückt, um 1240 Proz. zugenommen. Die moderne Großmühle ist das Muster eines völlig automatisierten Betriebes, sie enthält auch wissenschaftliche Laboratorien, in denen Eiweißgehalt und andere Eigenschaften des gekauften Getreides und des gewonnenen Mehles fortlaufend bestimmt werden. Die Großmühlen entwickelten sich nicht in den Gebieten des stärksten Getreidebaues, sondern an den Orten, die für die Zufuhr insbesondere ausländischen Getreides, besonders Weizens, günstig gelegen waren: an der Nordsee, am Rhein und an der Elbe. Nur in ganz bestimmten Gebieten herrscht heute noch die kleine und mittlere Mühle vor: Westfalen, Schlesien, rechtsrheinisches Bayern. Es sind dies auch die Gebiete stärkeren Roggenbrotkonsums, aber auch sie beziehen in wachsendem Maße die Qualitäts- und Markenmehle der Großmühlen. Diese vermahlen vor allem Weizen, und haben bis vor kurzem zum weitans größten Teil — zu vier Fünftel — ausländisches Getreide verarbeitet. Das Bestreben jeder Großmühle muß ein Mehl von gleichmäßig guter Qualität und Backfähigkeit sein. Nun ist es eine unerwünschte Eigenart des heute in Mitteleuropa und auch in England gebauten Weizens, eine wenig befriedigende Backfähigkeit zu besitzen, das heißt ein Mehl zu geben, das nicht einen schön

*) Aus der *Zeitschrift der Universität Köln* (Professor Dr. Bering) und dem Material des Landesgewerbebezirks Dr. Teleky.

von den Sängern mühelos beherrscht und bewältigt wurde. An den Orten, wo keine Berufsgesangvereine sind, gibt es Arbeitergesangvereine, die es jedem Kollegen und Klassengenossen ermöglichen, unter Genossen das deutsche Volkslied und das Tendenzlied zu pflegen.

Unser großer Tonmeister, Professor Siegfried Ochs, der leider im Vorjahre verstorben ist, hat auf dem ersten Bundessängerfest in Hannover das Volkslied als die vornehmste und wertvollste Chorliteratur hingestellt. Allerdings soll man ein Volkslied nicht nur singen, sondern man soll das, was ein Volkslied in sich birgt, die Tiefe und Innigkeit, empfinden und seelisch erleben, nur dann wirkt es auf den Zuhörer. Der Tendenzchor ist ebenso wie das Volkslied auf Wirkungen eingestellt und in seiner reinsten Art ein Ausdruck unseres Gefühls; dichterisch oder textlich ist er ein Hinweis auf die Ziele der Arbeiterschaft und der Verkünder einer neuen, besseren Zeit. Uthmanns Männerchor „Tord Foleson“ wird viel gesungen und erweckt nicht nur bei den Singenden, sondern auch bei den Hörern stets große Begeisterung. Vor allem ist es die Idee „Das Banner steht, wenn der Mann auch fällt“, worin die freiheitlichen Menschen den Ausdruck ihrer Gesinnung erblicken.

Kollegin und Kollege, besinne dich auf deine Pflicht und unterstütze unsere Gesangvereine durch deine Mitarbeit. Dein Platz ist nicht in den bürgerlichen Gesangvereinen, wo man dich nur zum Füllen der Reihen oder weil du mal eine gute Stimme hast, duldet, sonst aber dich gesellschaftlich gerne vermisst oder meidet. Auch du erwerbsloser Kollege, der du nur Sorge und Not kennst, komme zu uns; die Macht des Gesanges hilft auch dir, einige Stunden die schwere Zeit vergessen. Die Beiträge sind den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt; ein erwerbsloser Kollege zahlt keinen oder nur einen ganz geringen Beitrag. Darum, ihr Fernstehenden, kommt zu uns. Wir wollen, daß die Schönheiten der Musik nicht nur ein Privileg der besitzenden Klasse sind, sondern daß jede Arbeitsschwester, jeder Arbeitsbruder sich daran freuen kann. Helft alle mit, damit unsere Gesangvereine lebensfähig bleiben. Helft uns, das deutsche Lied ins deutsche Volk einzutragen. „Die Kunst dem Volke durch das Volk.“

E. Heide, Kiel.

Freie Arbeit oder Arbeitspflicht

Weder Brüning noch die Papen-Regierung brachten uns auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung einen Schritt vorwärts. Die Spielart mit dem freiwilligen Arbeitsdienst ist weit davon entfernt, eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu bringen. Es sollen nach unkontrollierbaren Gerüchten 100 000 Menschen im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt sein. Wenn wir aber Näheres hören, dann werden geradezu verwerfliche Mittel angewendet, um Arbeiten, die von den Gemeinden und Behörden bisher noch im Tariflohn bezahlt wurden, durch den freiwilligen Arbeitsdienst ausführen zu lassen.

lung zum Großbetrieb ist hier kaum etwas zu bemerken, insbesondere die Erzeugung von Weizengebäck, „Brötchen“, erfolgt fast ganz in Kleinbetrieben, 74 Proz. der Beschäftigten arbeiten noch heute in Betrieben mit weniger als 6 Personen. Sehr zugenommen aber hat die Mechanisierung, die Verwendung von Maschinen im Bäckereibetrieb. Während 1895 in Deutschland nur 519 Bäcker motorische Kraft verwandten, sind es 1929 61 115 Betriebe, rd. zwei Drittel aller Bäckereibetriebe. Es sind heute 60 380 Knetmaschinen vorhanden. Diese Maschinen haben zu starker Einschränkung des Teigknetens von Hand geführt, verringern also die Intensität, mit der der Bäcker mit Mehl und Teig in Berührung kommt. Von weitest gehender hygienischer Bedeutung ist für den Bäcker die Beschränkung der Arbeitszeit und das Verbot der Nacharbeit. Diese gesetzliche Maßnahme hat aus dem „schlaftrunkenen Mehlgesperst, das bei Nacht umgeht und sich nach Ruhe sehnt, die ihm nimmer wird“, einen normal lebenden und arbeitenden Menschen gemacht, sie hat sehr viel für die soziale Hebung des ganzen Standes, der Gehilfen und der Meister, auch zur Hebung der Reinlichkeit im Bäckereibetriebe selbst geleistet. Nun waren in früheren Jahrzehnten unter den Bäckern Hautkrankheiten und unter diesen insbesondere die durch die Krätzemilbe verursachte Scabies sehr verbreitet, vor allem als Folge der schlechten Wohnungsverhältnisse. Man mußte wohl erwarten, daß die Häufigkeit der Hautkrankheiten, die z. B. bei einer Wiener Krankenkasse unter den Bäckern 1,86 Erkrankungs-fälle auf 100 Bäcker jährlich betrug, durch die Aenderung der sozialen Lage und die Aenderung der Arbeitsverhältnisse (größere Reinlichkeit, Teigknetmaschinen) sich erheblich verringern würde. In der Tat sehen wir — wir verdanken diese Daten dem Entgegenkommen der Innungskrankenkassen der Bäcker; es liegen mir in den ersten Jahren Daten über rund 20 000, in den letzten über rund 50 000 Bäcker vor — in den Jahren 1921 bis 1924 eine geringe Erkrankungshäufigkeit an Ekzemen und ekzemartigen Hautleiden (nicht alle Hautleiden wurden bei unserer Statistik berücksichtigt) von 0,33 bis 0,59 Proz. (Neuerkrankungen 0,27 bis 0,55 Proz.).

Bei den Verhandlungen über die Aufstellung des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms trägt sich die Regierung mit dem Gedanken, den Arbeitsdienst auf eine breitere Grundlage zu stellen. Durch die weitere Bereitstellung von 50 Millionen Mark aus Reichs-

mitteln soll die gegenwärtige Zahl der Beschäftigten im freiwilligen Arbeitsdienst noch bis zum Beginn des Winters verdoppelt werden. In diesem Zusammenhang sollen auch Pläne erwogen werden, den Freiwilligen Arbeitsdienst jetzt schon in eine Arbeitsdienstpflicht umzuwandeln. Das würde vornehmlich für die jugendlichen Erwerbslosen bedeuten, die Bereitschaft zur Uebernahme von Arbeitsdienst habe zur Voraussetzung den Bezug von Unterstützung.

Von zuständiger Stelle wird aber dazu erklärt, daß vorläufig eine solche Umwandlung des Arbeitsdienstes noch nicht geplant sei. Es solle vor allem der Bericht des Reichskommissars für den „freiwilligen Arbeitsdienst“ abgewartet werden. Immerhin spricht vieles dafür, daß die Regierung an einen Ausbau des Arbeitsdienstes herangehen will und daß dabei in gewissem Umfange Teile der jugendlichen Arbeitslosen in die Arbeitspflicht eingeführt werden sollen.

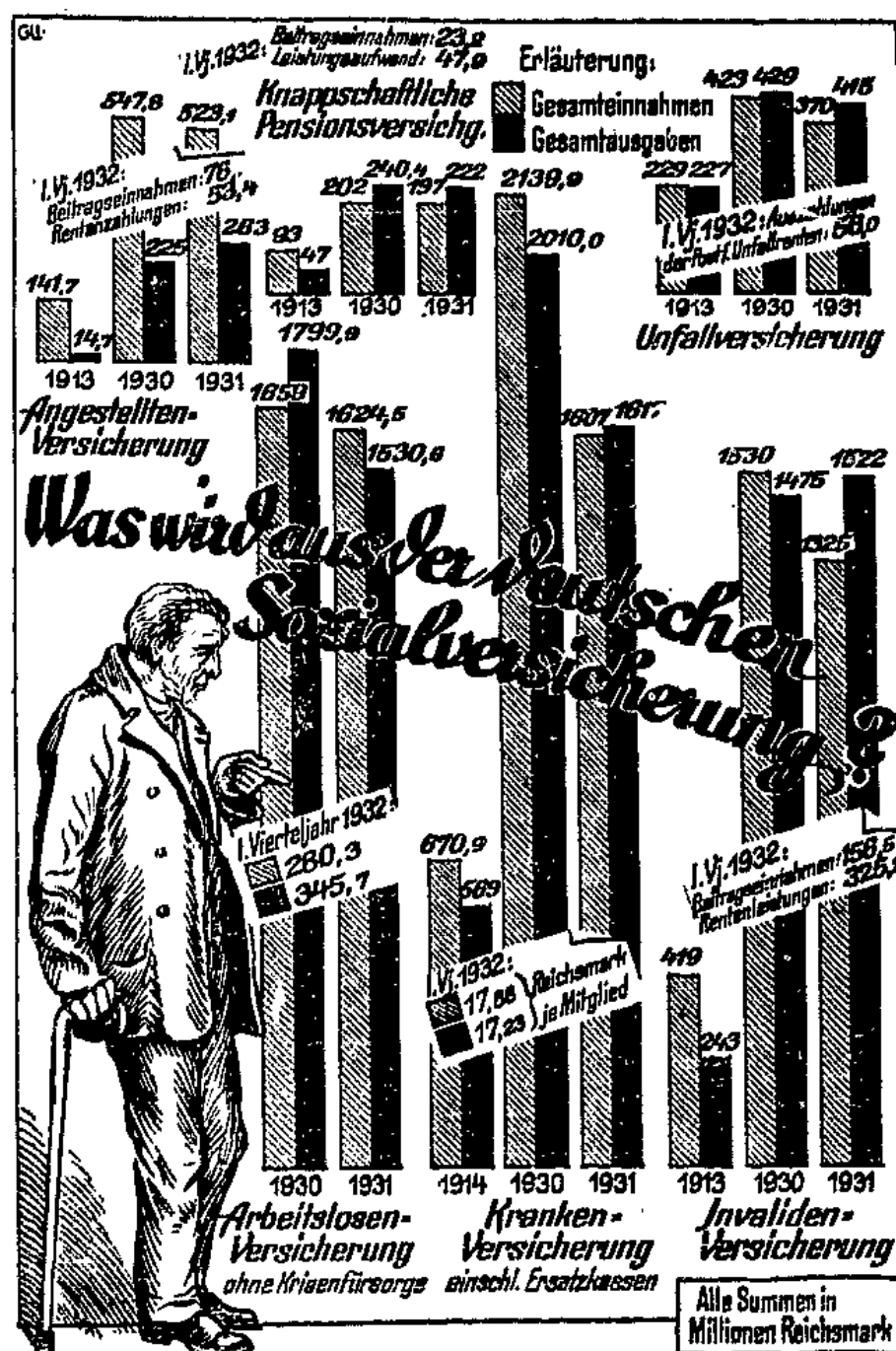
Allmählich gewinnen auch die der Papen-Regierung nahestehenden Kreise von dieser geplanten Art der Arbeitsbeschaffung keinen Geschmack. Das Präsidium des Reichverbandes der deutschen Industrie nahm am 17. August in einer Sitzung zur Frage der von der Regierung geplanten Arbeitsbeschaffung Stellung und veröffentlicht darüber folgende Erklärung:

„Der Reichverband der deutschen Industrie vertritt den Standpunkt, daß auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann und lehnt alle uferlosen Pläne, die zur Ausführung von Milliardenprojekten von verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, nach wie vor ab. Eine Besserung der innerwirtschaftlichen Lage und eine allmähliche Behebung der Arbeitslosigkeit kann nach Auffassung des Reichverbandes nur dann erhofft werden, wenn die innerwirtschaftlichen Hemmnisse, die die freien Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen, beseitigt und die Produktionskosten derart gesenkt werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können.“

Es wurde aber anerkannt, daß unter den gegebenen Verhältnissen die öffentlichen Stellen, einschließlich der Reichsbahn und der Reichspost, die Aufgabe haben, diejenigen Arbeiten mit möglichst Beschleunigung in Gang zu setzen, die zur Erhaltung des öffentlichen Vermögens notwendig sind, und zwar in einem erheblich erweiterten Umfange als bisher vorgesehen.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage des Freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienstpflicht erörtert. Dabei wurde festgestellt, daß der Freiwillige Arbeitsdienst einer möglichen Förderung bedarf und daß in einem weiteren Ausbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes auch die organischen Grundlagen für eine spätere Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefunden werden können.“

Wir wundern uns nicht mehr über die Einstellung dieser Unternehmerorganisation für weiteren Lohnabbau und Drosselung der Kaufkraft. Von dieser Seite ist auch kein vernünftiger Vorschlag zur Beseitigung der Wirtschaftskrise zu erwarten. So werden wir mit großem Grauen den kommenden Winter entgegensehen müssen.



Die seit einem halben Jahrhundert bestehende deutsche Sozialversicherung befindet sich gegenwärtig in einer Krise, die aller Kräfte bedarf, um diese große soziale Errungenschaft durch die Nöte der Zeit hindurchzubringen. Der durch die Weltkrise hervorgerufene Schrumpfungsprozeß führt auch in der Sozialversicherung zu einem Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben, das man durch Notverordnungen auszugleichen suchte, wobei es in allen Rentenversicherungen zu vielfach weitgehenden Leistungskürzungen kam. Die Entwicklung der verschiedenen Zweige der deutschen Sozialversicherung zeigt unsere Bildstatistik, die auch die Einnahmen und Ausgaben für das erste Vierteljahr 1932 enthält. Diese Zahlen lassen erkennen, daß die durch Notverordnung vom 14. Juni 1932 bestimmten scharfen Leistungskürzungen zum Teil berechtigt waren, um die Sozialversicherung als Ganzes zu erhalten. Auch in England hat man die Leistungen der Kranken- und Invalidenversicherung weitgehend gekürzt, teilweise bis um 33 1/2 Proz.

Im Jahre 1925, dem ersten Jahre der etwas ausgedehnten Verwendung von Verbesserungsmitteln stieg die Erkrankungshäufigkeit auf 1,02 Proz. (Neuerkrankungen 0,85 Proz.), um eine weitere sehr erhebliche Steigerung in den Jahren nach Einführung des Vermahlungszwanges zu erfahren bis zu 1,88 Proz. (1,31 Proz. Neuerkrankungen). Dabei tritt diese Steigerung am stärksten auf in den Gebieten der Großmühlenindustrie, ist erheblich geringer in den oben erwähnten Gebieten, in denen Großindustrie und Verbesserungsmittel (und Weizenmehlkonsum) nicht so sehr vorgedrungen sind. Es seien hier als Beispiele neben den Zahlen aus ganz Deutschland noch die vom Rheinland (Großmühlenindustrie) und dem rechtsrheinischen Bayern (Kleinmüllerei) gebracht, wegen der übrigen Daten sei auf die erwähnte ausführliche Veröffentlichung verwiesen. Fassen wir das Ergebnis dieser statistischen Untersuchungen zusammen, so ergibt sich:

Jahr	Deutschland		Rheinland	Rechts-rheinisches Bayern
	Arbeits-unfähigkeit, Erkrankungshäufigkeit in v. H.	Neuerkrankungen, Erkrankungshäufigkeit in v. H.	Neuerkrankungen, Erkrankungshäufigkeit in v. H.	Neuerkrankungen, Erkrankungshäufigkeit in v. H.
1921.....	0,53	0,49	0,13	0,34
1922.....	0,33	0,36	0,24	0,24
1923.....	0,33	0,27	0,37	0,14
1924.....	0,59	0,55	0,79	0,46
1925.....	1,02	0,85	2,17	0,44
1926.....	0,90	0,68	1,00	0,29
1927.....	1,23	0,88	1,44	0,22
1928.....	1,20	0,66	1,15	0,61
1929.....	1,28	0,93	1,16	0,42
1930.....	1,88	1,31	1,53	0,53
1931.....	1,80	1,11	2,00	0,75

In der Mitte des vorigen Jahrzehnts setzte in ganz Deutschland und auch in den meisten Teilgebieten eine starke Zunahme des Ekzems ein, sie fällt zeitlich und örtlich zusammen mit der beginnenden Verwendung von gebleichtem und verbessertem Mehl

und erscheint in einzelnen Orten, anscheinend infolge zu reichlicher Verwendung dieser Mittel, ganz besonders hoch. Die Erkrankungshäufigkeit bleibt dann einige Jahre im allgemeinen gleich hoch, um dann mit der Einführung des Vermahlungszwanges in den Jahren 1930 und 1931 eine ganz besondere Höhe zu erreichen. Die mit Arbeitsunfähigkeit einhergehende Erkrankungshäufigkeit an Ekzemen und ekzemartigen Hautleiden ist in diesen Jahren so hoch oder höher als die Erkrankungshäufigkeit an Gesamthautkrankheiten zu Beginn des Jahrhunderts. Etwas abweichend von den eben geschilderten Gang der Verhältnisse sind die Verhältnisse nur in den Gegenden der Kleinmühlenindustrie und des Roggenbrotverzehrs, aber auch in diesen sehen wir eine Steigerung der Erkrankungshäufigkeit in den letzten zwei Jahren.

Erwähnt sei noch, daß sich auch bei Müllern Ekzem findet, und zwar gerade bei jenen, die als „Probemüller“ mit dem verbesserten Mehl in feuchtem Zustande zu tun haben.

Rechnen wir die von uns erhobenen Zahlen, die der Hauptsache nach Bäckergehilfen und Lehrlinge und zum Teil auch Bäckermeister erfassen, auf die Zahl der Bäcker ganz Deutschlands um, so ergeben sich für das Jahr 1930 4100 Erkrankungen mit Arbeitsunfähigkeit an Ekzem und ekzemartigen Hautkrankheiten mit 138 000 Krankheitstagen. Hervorgehoben sei auch noch, daß durch das fortwährend rezidivierende Ekzem viele Bäckergehilfen und Bäckermeister vollständig berufsunfähig werden, so daß Gehilfen und Kleinmeister durch eine solche Erkrankung auf das schwerste wirtschaftlich geschädigt, die Kleinmeister wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden.

Macht das oben erwähnte zeitliche Zusammenfallen von Beginn der Verwendung von Verbesserungsmitteln und deren gesteigertem Gebrauch mit Vermehrung und weiterer Steigerung der Ekzemfälle einen ursächlichen Zusammenhang wahrscheinlich, so konnte der Beweis doch nur erbracht werden durch eingehende klinische Untersuchung von zahlreichen Erkrankungsfällen.

Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im Juli

Wie die Zusammenstellung der eingegangenen Berichte ergibt, hat sich der Beschäftigungsgrad im Juli weiter verschlechtert. Die Zahlen der Entlassungen überwiegen bei weitem die Neueinstellungen. In den allermeisten Betrieben wurde kurzgearbeitet.

Monat	Berichtende Betriebe	Zahl der Beschäftigten			Neu eingestellt	Entlassen	Anzahl der Betriebe		
		männlich	weiblich	zus.			Überstunden	mit Kurzarbeit	m. teilw. Stillleg. Abz. ganze Betr.
Mai 1932	198	7003	17898	24901	621 976	12	83	13	27
Juni 1932	171	5350	14069	19419	310 731	4	83	8	7
Juli 1932	187	7159	17054	24213	173 915	3	102	18	25

Die Gegenüberstellung des Beschäftigungsgrades in den letzten drei Monaten läßt die Verschlechterung sehr deutlich erkennen. Nur 11,8 Proz. der Betriebe berichteten über eine gute, 36,9 Proz. über eine befriedigende, dagegen 51,3 Proz. über eine schlechte Beschäftigung.

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
Mai 1932	37	6 656	98	11 661	63	6 584
	18,7%	26,7%	49,5%	46,8%	31,8%	26,5%
Juni 1932	30	2 770	70	10 600	71	6 049
	17,6%	14,3%	40,9%	54,6%	41,5%	31,1%
Juli 1932	22	3 708	69	8 803	96	11 702
	11,8%	15,3%	36,9%	36,4%	51,3%	48,3%

Wieder eine gute Ernte

Ueberfluß an Brotgetreide bereitet Kopfschmerzen.

Nichts kann unseren Agrariern mehr Sorge bereiten als die Aussicht auf eine gute Ernte. Jeder einzelne von ihnen ist aber herzensfroh, wenn sein Boden für ihn einen guten Ertrag bringt. Wenn es aber für die gesamte deutsche Landwirtschaft zutrifft, dann ist Holland in Not. Nach den Vorschätzungen ergeben sich für den gesamten Reichsdurchschnitt sehr gute Hektarerträge. Unter Zugrundelegung der ermittelten Anbauflächen wird das Ergebnis der Ernte gegenüber dem Vorjahr bei Winterroggen um 1,4 Millionen Tonnen auf 8 Millionen Tonnen steigen. Bei Winterweizen wird eine Steigerung eintreten um 0,8 auf 4,5 Millionen Tonnen und bei Gerste um 0,2 auf 2,7 Millionen Tonnen.

Es ist damit zu rechnen, daß der Bedarf an Weizen im Inland aus eigener Ernte gedeckt wird und für Roggen die Notwendigkeit erhöhter Ausfuhr gegeben ist. Maßnahmen der Reichsregierung zur Erntesicherung, über die wir berichtet haben, sind in diesem Sinne bereits getroffen. Gegenwärtig wird noch über einen verstärkten Verbrauch von Brotgetreide zu Futterzwecken verhandelt. Es ist mit dem Maismonopol, den Geflügelfutterfabrikanten und den Spitzenorganisationen der Geflügelwirtschaft darüber gesprochen worden, inländisches Getreide bei der Herstellung von Futtermischungen in größerem Ausmaß zu verwenden. Vorerst sind zu diesem Zwecke 75 000 Tonnen Inlandsgetreide bereitgestellt. Auf die Verwendung von Reis im Mischfutter haben die Geflügelfutterfirmen vertraglich verzichtet. Des weiteren haben sich die Geflügelfutterfirmen bereit erklärt 125 000 Tonnen Inlandsroggen fest zu kaufen und diesen durchschnittlich 4 Monate auf Lager zu halten. Soweit diese Mengen von diesen Firmen nicht selbst verarbeitet werden, ist dafür Sorge getroffen, daß der Rest nicht auf einmal auf den Markt geworfen wird.

Wie man sieht, bleibt für die Reichsregierung fast nichts mehr zu tun, denn sie hat alles getan für die Hochhaltung der Preise. Es würde ihr nur Sympathien erwerben, wenn sie mit solcher Sorgfalt auch die Interessen der werktätigen Bevölkerung ver-

„Der Faschismus entsteht als eine rein konterrevolutionäre Abwehrbewegung der Agrar- und Industriekapitalisten gegen die wachsende Macht der Arbeiterklasse und bleibt es, solange er nicht zur Macht gelangt ist. Der Faschismus ist eine kleinbürgerliche Bewegung, die die Mittelschichten zu rebellierenden Aktionen veranlaßt. Die Vereinigung dieser beiden Elemente bedeutet die raffinierteste, aggressivste, skrupelloseste und bisher auch erfolgreichste Form der Bekämpfung des Proletariats, die es jemals gegeben hat. Der Faschismus arbeitet mit den Mitteln der schamlosesten Demagogie und des hemmungslosesten Verbrechens; er versteht es, durch Anpassung an die edelsten und an die gemeinsten Instinkte der Volksmassen, durch meisterhafte Ausnutzung der politischen Uninformiertheit der Mittelschichten, der politischen Unreife der Jugend und der durch den Krieg heraufgebildeten Neigung zu unbefehrten Gewaltmethoden breite Volksschichten an seine Fahnen zu fesseln, und ist auch sein Erfolg sicher nur vorübergehend, so vermag er in der Zeit seines Aufstieges und seines Machtbesitzes der Arbeiterbewegungurchführbaren, jahrzehntelang nachwirkenden Schaden zuzufügen.“

„Arbeit und Wirtschaft“

treten und ihr Augenmerk besonders darauf richten würde, den Arbeitslosen das Brot zu verbilligen, statt es zu verteuern.

Unser Kampf um den Geist

Tag für Tag bist du in der Treitmühle deines Berufes tätig — wenn du Arbeit hast. Ohne innere Verbundenheit mit dem Werke, das du leistest. Denn ein sittlicher Gedanke fehlt deinem Schaffen. Nur der Existenz gilt die Arbeit — und dem Profit dessen, dem du dienst.

Deiner Geistigkeit sollst du, so sagt man, am Abend dienen, am Feierabend. Wenn du den Frondienst der Arbeit beendet hast, dann magst du als Delikatesse ein Buch genießen. Dann magst du nebenbei etwas geistig sein.

„Man kann aber nicht“, schreibt Georg Stammer, „nebenbei geistig sein! Denn Geistigkeit ist eine Umkehrung der Welt ex fundamento (aus dem Urgrund herauf), ein Durchströmen und Ordnen der Dinge aus den Tiefen. Dafür genügt kein Zusatz von idealer Gesinnung, keine rauschende Begeisterung, keine soziale und schöngeistige Betriebsamkeit am Feierabend. Dafür genügt nur die Kraft und Leidenschaft eines Menschenlebens.“

Warum soll denn da die soziale Ordnung nicht für alle gestaltet werden in solchem Geist? Warum soll die schaffende Masse denn bei der Arbeit immer nur Lasttier sein?

Der Geist ist das Wesen des Menschen und darum soll in der neuen Ordnung des Zusammenlebens auch die Arbeit vom Geiste geleitet sein. Innerlich verbunden sein soll der Mensch mit dem Werk seiner Hand. Er ist mehr als mechanisches Werkzeug. Zum Schöpfer ist er geboren. Zum Gestalter für großes Glück.

Darum sei Arbeit und Feierabend aus einem Geiste! Dem des Schöpferwollens. Dem des freien Ringens um allgemeines Glück.

Eine große Idee binde Werk und Bildung: Gemeinschaft, Freude am Aufstieg der geeinten Welt! Aber da stehen die „Geistigen“ heute meistens abseits, und die unverbrauchte, unbewußte Geisteskraft des Volkes befreit sich selbst.

Dr. G. H.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Ausschluß: Auf Antrag der Ortsgruppe Dortmund wird Willi Chudoba, Konditor, geboren am 5. November 1899 in Essen, wegen Verbandsschädigung ausgeschlossen.

Adressenänderung. Die Adresse des Vorsitzenden der Ortsgruppe in Höchst ist: Heinrich Willet, Sulzbach am Taunus, Bahnstraße 12 ptr.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 13. August bis 18. August 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 128 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40,

Ortsgruppen.

Heilbronn 56,78, Aalen 3,—, Allstadt 1,07, Andernach 202,05, Annaberg 100,—, Aschaffenburg 416,15, Bellheim 9,20, Calbe 3,80, Celle 369,91, Eisleben 38,77, Falkenstein i. V. 28,31, Flensburg 355,47, Friedrichstadt 28,70, Gerabronn 7,66, Göppingen 100,—, Grünstadt 30,67, Hann.-Münden 216,63, Höchst a. M., 138,17, Köthen 232,89, Lahr 100,—, Langensalza 161,23, Lauterberg a. H. 66,58, Meißen 133,36, Menschwitz 134,57, Neustadt-O. 81,20, Neustadt S. 5,12, Oelsnitz 80,—, Osterburg 20,—, Peggau 6,—, Pirmasens 37,02, Ravensburg 121,75, Rendsburg 1,—, Roßleben 18,14, Rudolstadt 100,—, Sangerhausen 61,18, Satrip 5,—, Sonneberg 21,40, Schkenditz 62,—, Schleswig 7,40, Schmiedefeld 1,38, Tuttingen 54,68, Uelzen 1,50, Wülthen 3,27, Wolfach-Bibera 227,40, Warzen 409,—, Aalen 3,—, Glauchau 100,—, Gleiwitz 137,50, Königsberg i. d. M. 60,—, Berlin 7,60, Bützow 39,70, Bischofsburg 32,90, Eisenberg 128,83, Freiburg i. Br. 1902,11, Hagen 416,40, Jena 15,10, Gumbinnen 50,—, Landshut 1516,50, Neustadt a. H. 893,35, Pfullingen-Reutlingen 17,35, Rothbalmünster 25,—, Ulm 209,—, Wendisch-Buchholz 0,54, Grabow 150,—, Zweibrücken 140,—, Stolp 20,—, Koblenz 32,56, Krakow 100,—, Löwenberg 50,—, Lübz 100,—, Düsseldorf 107,28, Köln 215,04, Kiel 40,—, Aschersleben 265,56, Insterburg 100,—, Schönebeck 400,—, Stettin 29,22, Waren 50,—, Hof 1000,—.

Sonstiges.

Berlin 160,—, St. Ottilien 4,80, Berlin 100,47, 58,—, 14,40, Liebschwert 11,25, Pomehrendorf 3,50, Berlin 50,—, 42,22, 44,—, Luckenwalde 2000,—, München 52,—.

Korrespondenzen

Düsseldorf. Am 26. August begeht unser Gauleiter Kollege Wilhelm Frank seinen 60. Geburtstag. Was unser Freund für die Gewerkschaftsbewegung seiner Berufskollegen geleistet hat, wurde an dieser Stelle wiederholt hervorgehoben. Auch in der Einheitsorganisation hat unser Freund Vorbildliches durch seinen immensen Eifer und seine unermüdete Arbeit zustande gebracht. Unter großer Hingabe förderte er den Aufbau unserer Jugendbewegung. Der Gau Rheinland-Westfalen steht heute hierbei an erster Stelle. Ein Erlebnis sind immer die alljährlich stattfindenden Jugendtreffen, wobei sich unser Wilhelm am meisten über die gelungenen Veranstaltungen freut. Durch seinen nie rastenden Eifer wurde auf tariflichem Gebiet ein gewaltiges Netz von Verträgen im ganzen Gau ausgebaut. Wie er selbst seine Person nie verschonte und oftmals weit über seine Gesundheit hinausgegangen ist, so verlangt er volle Pflichterfüllung von allen unseren Funktionären und Mitgliedern. Wir wünschen unserem Freund noch viele Jahre tatkräftiger Mitarbeit im Kampfe gegen die feindlichen Mächte der Arbeiterschaft und in dem großen Ringen, das uns noch

bevorsteht. Unsere Wunsche mögen ebenfalls zur Verschönerung seiner Wiegenfestes beitragen.

Köthen. Die Ortsgruppe feierte am 15. August ihr 25jähriges Bestehen. Auch die Ortsgruppen Bernburg, Dessau und Zerbst waren vertreten. Die Arbeitersänger umrahmten die Feier mit Kampfliedern und Fräulein Rodenberg brachte einen Prolog zum Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Gauleiter Kollege Riepel hielt die Festansprache, in der er daran erinnerte, daß bereits vor 30 Jahren die Organisation der Böttcher und Brauereiarbeiter vertreten war, aber erst 1907 eine eigene Ortsgruppe gegründet wurde. Die Kämpfe, die die junge Organisation zu bestehen hatte, sind nicht leicht gewesen. Die dabei erzielten Erfolge sind unseren alten Kollegen mit zu verdanken. Die jüngeren Kollegen müssen sich ein Beispiel nehmen. Von allen Seiten wird heute versucht, diese Erfolge der Arbeitern wieder zu rauben. In der Malzfabrik Wrede & Co. in Köthen versucht der Malzmeister schon wieder, unterstützt durch die Nazi-Obermäler, die tariflichen Rechte zu durchbrechen. Es wird dies nicht gelingen, wenn die Arbeiterschaft einig ist. Im Anschluß an diese Rede wurden die acht Jubilare geehrt, die zum Teil Gründer der Ortsgruppe sind. Der Abend sah die Kollegen mit ihren Frauen und sonstigen Angehörigen trotz der Tropenhitze beim Tanz gemütlich beisammen.

Passau. Die Ortsgruppe veranstaltete am 14. August im Saal des Volkshauses die Ehrung der Verbandsjubilare. Vorsitzender Kollege Bruckmüller konnte trotz der miesen Lage außer den zahlreichen Mitgliedern der Ortsgruppe auch den Vorsitzenden von Rothbalmünster und die Kollegen von Vilshofen und Haselbach nebst unserem Bezirksleiter, Kollegen Wankerl, begrüßen. Den Jubilaren wurde ein Geschenk in Form eines Stammglases mit Widmung überreicht. Nach einem sinnigen Prolog des Töchterleins unseres Vorsitzenden hielt Kollege Wankerl die Festrede. Er schilderte den Opfermut, sich vor 25 Jahren zum Verband zu bekennen, was besonders hier zutrifft. Die verflorenen 25 Jahre schufen eine grundlegende Aenderung der Arbeitsverhältnisse und fühlbare Verbesserungen. Im Namen des Vorstandes überreichte er den Jubilaren die Ehrendiplome und schloß mit der Aufforderung, in dieser schweren Zeit nicht zu erlahmen und mitzuhelfen, um die uns noch Fernstehenden zu gewinnen. Unter den heiteren Klängen eines Teiles des Volkschors mit ihrem Humoristen Wolf, der große Lachsalven auslöste, entschwanden nur allzu schnell die gemütlichen Stunden, und man schied voneinander mit dem Gelöbnis, nicht zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Mann gewonnen ist.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik. Die neue Erhebung der im ADGB vereinigten Gewerkschaften über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ihrer Mitglieder bestätigt die Bemerkung im letzten Bericht der Reichsanstalt, wonach die dort verzeichnete Abnahme der Arbeitsuchenden auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß infolge der Entziehung der Unterstützung und der Aussichtslosigkeit, Arbeit zu bekommen, ein Teil der Arbeitslosen nicht mehr stempeln geht und also nicht mehr in der Statistik der Reichsanstalt erscheint. Die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern ist im Juli von 43,6 auf 44,4 Proz. gestiegen (im Vorjahre 31,6 Proz.). Auch die Kurzarbeit stieg von 21,7 auf 22,3 Proz. Trotz der Sommermonate sind an der Zunahme der Arbeitslosigkeit auch die Arbeiter, die in den Außenberufen beschäftigt sind, beteiligt. Im Deutschen Baugewerksbund ging die Arbeitslosigkeit nur unwesentlich von 77,6 auf 76,8 Proz. zurück. Im Zimmererverband ebenfalls, während sie im Malerverband mit 79 Proz. stabil blieb und die Kurzarbeit zunahm. Unter den Steinarbeitern ist die Arbeitslosigkeit von 68,4 auf 68,7 Proz. gestiegen. Auch die Kurzarbeit nahm zu. Obwohl aus diesen Zahlen ersichtlich ist, welcher enger Zusammenhang besteht zwischen der Arbeitslosigkeit und der Kaufkraft, laufen die neuerdings bekanntgewordenen Bestrebungen der Reichsregierung darauf hinaus, die Löhne weiter zu senken. Die Wirtschaft wird unter dieser Politik noch vollständig zusammenbrechen.

Industrie gegen Agrarzölle. Nachdem bereits die Industrie in zahlreichen Eingaben an die Reichsregierung protestiert hat gegen die Erhöhung der Agrarzölle, erhebt jetzt der Ruhrbergbau seine warnende Stimme. Er weist auf die Kohlenausfuhr, die in letzter Zeit sehr stark zurückgegangen ist. Der Rückgang, der schon 1931 sich fühlbar machte, ist im ersten Quartal 1932 auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Im Zusammenhang damit ist die Belegschaftsziffer von 302 000 auf 118 000 gesunken. Besonders bemerkenswert ist es, daß die deutsche Kohlenausfuhr weit stärker gesunken ist als es dem Rückgang des internationalen Handelsverkehrs entspricht. Schuld daran trägt die Zollpolitik der Reichsregierung, die in den uns umgebenden Agrarländern dazu geführt hat, daß der Warenbezug aus Deutschland, wenn auch nicht offen, so doch in verschleierte Form boykottiert wird. Die Reichsregierung trägt damit dazu bei, daß die Arbeitslosigkeit steigt.

Gegen Besteuerung der Margarine. Die Vorstände des ADGB und des AfA-Bundes protestieren gegen die geplante Besteuerung der Margarine beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Durch diese Sondersteuer würde der Landwirtschaft keine Hilfe gebracht werden, denn die Kaufkraft der Bevölkerung ist keineswegs ausreichend, um von der Margarine, auch wenn sie

versteuert wird, zu der immer noch viel teureren Butter übergehen zu können. Die Gewerkschaften haben häufig genug betont, daß sie für Notstände der Landwirtschaft Verständnis haben und geeignete Hilfsmaßnahmen begrüßen, aber diese Maßnahmen dürfen nicht die Interessen anderer Bevölkerungsschichten, insbesondere der unbemittelten Volkskreise, gröblich verletzen.

Unternehmertum

Handwerkervertreter im Reichstag. Die katastrophale Zertrümmerung der Wirtschaftspartei durch die Faschisten brachte ihr nur mehr zwei Reichstagsabgeordnete. Wir sehen aber eine große Anzahl in der faschistischen Partei vertreten, und zwar 7 Handwerksmeister, darunter den Bäckermeister Magunia, Königsberg. Die Deutschnationale Partei weist einen Vertreter, den Handwerksyndikus Dr. Wienbeck, auf. Die Deutsche Zentrumspartei verzeichnet drei und die Bayerische Volkspartei einen Handwerksmeister. Die bisherigen Abgeordneten in der Wirtschaftspartei, die Bäckermeister Biener, Drewitz und Dunkel sind nicht mehr gewählt worden. Die Faschisten haben auch einen Konditorgehilfen, Robert Schulz, Kolberg, als M. d. R. aufzuweisen. Bei den Faschisten wird es manches Mal sehr lustig zugehen, wenn der zusammengelaufene Interessentenhaufen die Forderungen der sich wirtschaftlich in den Haaren liegenden Gruppen festsetzen muß. Natürlich werden die Handwerksmeister etwas ganz anderes fordern als der Einspänner Konditorgehilfe oder die paar sonstigen Arbeiter, die noch bei den Faschisten vertreten sind.

Lehrzeit im Fleischergerber. Wir konnten unlängst berichten, daß, trotzdem eine Obermeistertagung für das Fleischergerber Nordwestdeutschlands beschloß, die 3½jährige Lehrzeit einzuführen, an eine Einführung nicht zu denken sei, da sich besonders die Innungen Bremen, Bremerhaven-Wesermünde dagegen sträuben. Nun scheint mit den wachsenden Einfluß den Nazioten im Bremer Fleischergerber auch der Widerstand nachzulassen, denn die Obermeistertagung in Bremen beschloß, in Zukunft nur noch Lehrverträge auf 3½ Jahre abzuschließen. Es hat zwar die Aufsichtsbehörde auch noch ein Wort mitzureden, ob aber unter den heutigen politischen Verhältnissen und den Einfluß der Faschisten der Widerstand gegen eine Verlängerung der Lehrlingsausbeutung beibehalten wird, muß abgewartet werden. Das Vorgehen der Fleischermeister ist für die Fleischergesellen ein neuer Beweis, wohin die Reise geht, wenn sich Meister und Gesellen gemeinsam in einer „Arbeiter“partei zusammenfinden.

Gegnerische Organisationen

Im Nazischlamm gelandet. Der Führer des gelben Bäckerbundes Georg Müller, Bremen, ist nunmehr durch seine im Arbeiterrat erworbenen Kenntnisse als Leiter der Nazi-Betriebszellenorganisation gelandet. In diesen Sumpf gehört er auch und er kann nunmehr tüchtig im Schlamm dieser, von den Unternehmern finanzierten Einrichtung herumwaten. Nazi-Müller hat es ja früher bei den gelben Bäckergesellen sehr gut verstanden, beim Unternehmertum Geldquellen ausfindig zu machen, und diese Kenntnisse werden ihm sehr gut zustatten kommen, damit er den Naziladen weiter aufrechterhalten kann und als besoldeter Nazibonze Pfründen beziehen wird. Wie wir weiter erfahren, sollen auch private Berliner Geldquellen die Nazi-Betriebszellenorganisation finanzieren. Die bremische Arbeiterschaft findet natürlich keinen Geschmack an dem gelbbraunen Kuchen, der ihr vom Nazi-Müller vorgesetzt wird. Sie wird ihm manche harte Pille zum Schlucken geben und die von ihm am Narrenseil geführten gelben meistertreuen Bäckergesellen werden bald ihrem Verführer die Tür weisen.

Genossenschaftliche Rundschau

Versteigerung des Konsumvereins in Halle a. d. S. Wir konnten seinerzeit berichten, daß eine von der KPD. vorgeschobene Frau das Zentralverwaltungsgebäude, die Bäckerei und Fleischerrei des von den Kommunisten zertrümmerten Konsumvereins für eine halbe Million Mark zugeschlagen erhielt. Diese Frau konnte aber das Kaufgeld nicht bezahlen. Es fand ein weiterer Versteigerungstermin statt, bei dem eine von der KPD. gegründete „Konsumbrotfabrik G. m. b. H.“ mit 450 000 Mk. den Zuschlag erhielt. Auch diese fingierte Gesellschaft brachte kein Geld auf und so mußte zum drittenmal ein Versteigerungstermin stattfinden. Die Hauptgläubigerin, die Pensionskasse des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, die auf dem Gebäudekomplex eine Hypothek von 378 000 Mark stehen hat, machte jetzt als einzige Bieterin ein Angebot von 190 000 Mark und erhielt damit den Zuschlag.

Die Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1932. Im ersten Halbjahr buchte dieses Versicherungsunternehmen 86 532 Anträge für die Volks- und Lebensversicherung. Außerdem haben 80 167 Versicherte eine Ersatzversicherung, Gewährung einer Sterbegeldversicherung für Arbeitslosen-teilnehmer, abgeschlossen. Die Entwicklung im ersten Halbjahr entspricht voll und ganz den Erwartungen. Es darf nicht vergessen werden, daß in erster Linie die Arbeiterschaft von der Wirtschaftskrise schwer betroffen

wird, für die die Volksfürsorge in der Hauptsache in Frage kommt. Die Auswirkungen der ungeheuren Finanzkrise haben dem Unternehmen der Arbeiterbewegung nichts antun können. Es kommt weiter hinzu, daß das Unternehmen infolge einer vorsichtigen Finanzpolitik keinerlei Rückschlägen ausgesetzt war und den Anforderungen für Versicherungsleistungen ohne Anstrengungen genügen konnte. Von Bedeutung ist auch, daß fast 25 000 Versicherungsnehmer in der Berichtszeit ihre Versicherung wieder in Kraft setzen konnten. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die Wiedereinkaufsetzung einer Versicherung nur möglich ist, wenn der Versicherungsnehmer die Versicherung als prämiensfreie Versicherung bestehen läßt, nicht aber, wie das leider allzooft geschieht, wenn die Auflösung des Versicherungsvertrages durch Kündigung vorgenommen wird.

Allgemeine Rundschau

Vertreterversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen. Die Wirtschaftslage hat es auch in diesem Jahre nicht zugelassen, einen Krankenkassentag abzuhalten. Es tagte in Würzburg nur eine Vertreterversammlung, die ohnehin noch den Vorteil hat für tiefgreifende Debatten über Grundfragen der Krankenversicherung viel geeigneter zu sein. An der Tagung nahmen Vertreter der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden teil. Auch die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände waren vertreten. Den Geschäftsbericht erstattete Geschäftsführer Bohmann. Er erörterte vor allem die vielfachen Bestrebungen, die Unkosten der Krankenversicherung unter möglichster Schonung des Versicherungsgutes zu senken und erörterte die Bemühungen um eine Herabsetzung der Verwaltungskosten der Krankenkassen. Bitter beklagte sich der Redner darüber, daß es den Kassen durch teilweise geradezu schikanöse Handhabung der gesetzlichen Vorschriften so

Kein Unorganisierter darf ohne unsere Zeitung sein!

Am 27. August ist der 36. Wochenbeitrag fällig

schwer gemacht werde, die sogenannten übertragenen Aufgaben vernünftig durchzuführen. Bedauerlich sei, daß der Reichsschuss für die Familienwochenhilfe, der den Kassen gesetzlich zustände, auch in diesem Jahr nicht gezahlt werde.

Das Hauptreferat mit dem Thema „Die Krisis der Krankenversicherung“ wurde vom geschäftsführenden Vorsitzenden Lehmann erstattet. Er schilderte die Wirtschaftslage Deutschlands und der Welt und ihre Wirkung auf die Krankenversicherung. Er stellte fest, daß wir ohne die Sozialversicherung bereits den völligen moralischen Zerfall unseres Volkes hätten. Die Krankenversicherung muß deshalb nicht nur erhalten, sondern auch besseren Zeiten entgegengeführt werden.

Im weiteren Verlauf der Tagung behandelte Riedel-Rathenow die Krankenversorgung der Erwerbslosen und Okras-Berlin Krankenhausfragen.

Fahrpreismäßigung für Besucher der Leipziger Herbstmesse. Zur kommenden Leipziger Herbstmesse, die vom 28. August bis zum 1. September stattfindet, gibt die Reichsbahn für Strecken über 150 Kilometer Rückfahrkarten mit 33% Ermäßigung für Hin- und Rückfahrt in der 2. und 3. Klasse aus unter der Voraussetzung, daß der Reisende sich durch eine Ausweiskarte und Meßabzeichen mit übereinstimmender Kontrollnummer oder durch eine Ausstellkarte oder durch einen Meßamtlichen Ausweis für ausländische Meßbesucher ausweisen kann. Die Ausgabe der Karten erfolgt vom 23. August an. Die Fahrkarten sind nur in Verbindung mit einem der erwähnten Meßausweise gültig. Ihre Geltungsdauer ist zur Hinfahrt nach Leipzig für die Zeit vom 25. August bis 1. September und für die Rückfahrt von Leipzig für die Zeit vom 28. August bis 10. September festgesetzt. Die Benutzung von zuschlagspflichtigen Schnell- und Eilzügen ist gegen Zahlung der tarifmäßigen Zuschläge zugelassen. Fahrtunterbrechung ist auf der Hin- und auf der Rückreise je einmal gestattet. Für den Nahverkehr werden auf allen Stationen, an denen Sonntagskarten nach Leipzig ausliegen, derartige Karten mit eintägiger Gültigkeit am Mittwoch, dem 31. August, und am Donnerstag, dem 1. September, verkauft.

Forderungen der Sozialdemokratischen Partei. In einer in der vorigen Woche stattgefundenen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde eine Reihe von Anträgen und Gesetzentwürfen beschlossen, die ein umfassendes Programm der Wirtschaft zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und Sicherung der Existenz der notleidenden Schichten darstellen. Auch wurde beschlossen, beim Zusammentritt des Reichstages gegen die derzeitige Regierung einen Mißtrauensantrag zu stellen, sowie die Aufhebung der Papen-Notverordnung zu fordern.

Internationales

Alkoholverbrauch in Belgien. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zeigen sich auch im Verbrauch alkoholischer Getränke. Während 1930 noch 257 183 Hektoliter derartiger Getränke verbraucht wurden, waren es im

vorigen Jahre 1931 nur noch 222 442 Hektoliter. Nach den Feststellungen des Finanzministeriums betrug der Bierverbrauch im Jahre 1931 18 159 777 Hektoliter gegen 16 890 090 Hektoliter im Jahre 1930. Auch hier ist der Alkohol ein beliebtes Steuerobjekt. Die Staatseinnahmen aus der Besteuerung des Alkoholverbrauchs betrugen 1931 881 912 000 Franken gegen 818 679 000 Franken im Jahre 1930.

Schokoladenindustrie in USA. Nach den neuesten Berichten des Statistischen Staatsamtes beträgt die Zahl der derzeit in den Staaten in Betrieb befindlichen Schokoladen- und Kakaofabriken 50 gegen 59 im Jahre 1929. Entsprechend der Verringerung in der Zahl der Betriebe ist auch die Zahl der Arbeitnehmer in der nordamerikanischen Schokoladenindustrie zurückgegangen von 6249 im Jahre 1929 auf 5610 im laufenden Jahre. Die Gesamtbezüge der Arbeiterschaft betrugen 1929 noch 7,7 Millionen Dollar, was einem Durchschnittseinkommen von etwa 1232 Dollar je Arbeitnehmer und Jahr entsprach. Jetzt sind die Löhne herabgegangen auf 6,5 Millionen Dollar für 5610 Arbeitnehmer, so daß der durchschnittliche Jahresverdienst nur noch etwa 1158 Dollar beträgt. Der Produktionswert der amerikanischen Schokoladenindustrie betrug 1931/32 85,3 Millionen Dollar gegen 118,2 Millionen Dollar 1929. An Schokoladen wurden erzeugt 143,1 Millionen Pfund im Werte von 34,8 Millionen, an Schokoladenüberzug 245,5 Millionen Pfund im Werte von 33,6 Millionen, an Kakaopulver 106,6 Millionen Pfund für 11,3 Millionen Dollar und an Kakao-butter 23,2 Millionen Pfund für 3½ Millionen Dollar.

Genossenschaftsbäckereien in Sowjetrußland. Die Errichtung moderner Brotfabriken weist in Sowjetrußland in den letzten Jahren große Fortschritte auf. Die Konsumgenossenschaften vollendeten oder erbauten neu 220 Brotfabriken im Jahre 1932, darunter sind bedeutende Betriebsanlagen mit einer großen Kapazität. Jedoch in Anbetracht der gesamten Brotproduktion sind es immer noch sehr wenige Betriebe, die auf moderner Grundlage bestehen.

Literatur

Neue Clangor-Schallplatten! Diesmal kommt die Programmweiterung des Schallplatten-Volksverbandes ausschließlich der Gruppe „Meister der Musik“ zugute. Preis der 25-cm-Platte (M) 1,60 Mk., 30-cm-Platte (MD) 2,40 Mk., bei Postbezug zuzüglich Porto.

Es würde hier zu weit führen, die hervorragenden Neuerscheinungen des Schallplatten-Volksverbandes namentlich aufzuführen. Hier bieten sich dem Freund edler Heimmusik Spitzenleistungen tonvollender Schallplatten zu erstaunlich billigen Preisen. Ein Blick in das neueste, sehr anregungsreiche Verzeichnis (kostenlos und unverbindlich anfordern vom Schallplatten-Volksverband, Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Str. 41/43) wird diesen Hinweis voll und ganz bestätigen. Selbstverständlich wird im Schallplatten-Volksverband auch die gute Unterhaltungsmusik gepflegt und auch die Freunde von Tanz- und Tonfilmschlagern finden hier das Beliebtste, gespielt von ersten Kapellen.

Anzeigen

Zentralranken- und Sterbekasse der Böttcher, Nahrungsmittel-, Getränke- und anderer Arbeiter

Durch die verschiedenen Notverordnungen ist das Existenzminimum unserer Kollegen bei Krankheit derart herabgesetzt, daß wirtschaftliche Not unausbleiblich ist. Einen Schutz hiergegen bietet der Beitritt zu unserer Zuschußkasse. Der Beitrag ist minimal und zu erswingen. Die Kasse besteht seit 1878 und hat im Laufe der langen Zeit manche Not lindern helfen können.

Aufgenommen wird jeder gewerbliche Arbeiter bis zum 45. Lebensjahr. Das Eintrittsgeld beträgt 1,— Mk., der Beitrag in I. Klasse 40 Pf., in II. Klasse 60 Pf. die Woche. Hierfür leistet die Kasse eine Unterstützung für die Dauer bis zu 26 Wochen. In der I. Klasse 6,— Mk., in der II. Klasse 9,— Mk. pro Woche. Außerdem ein Sterbegeld.

In etwa 70 Orten bestehen Zahlstellen. Wo noch keine Zahlstelle, wird vom Unterzeichneten umgehend jede Auskunft erteilt und Gründungsmaterial zugestellt.

An alle unsere Kollegen richten wir die Bitte, überall dem Gedanken der Gründung einer Zahlstelle näherzutreten und für neue Mitglieder zu werben. Überall muß auch eine Zahlstelle unserer Kasse vorhanden sein.

Adresse des Vorstandes:
Albert Kindt, Bremen, Wichmannstraße 4 (Hauptkasse)

Unserm Kolleg. Alois Hölldobler, Brauer, und seiner lieben Frau Zenzi nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. [2,10]

Sektion der Brauer Ortsgruppe Rosenheim.

Unserm Kolleg. Franz Wierzorek und seiner jungen Gattin zu ihrer Neuwahl die besten Glückwünsche. [2,10]

Die organisierten Kollegen der Reichsmonopol-Verwaltung Königsberg i. Pr.

Unserm Kollegen Erwin Schmidt nebst seiner lieben Frau Martha zu stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]

Die Kolleginnen und Kollegen der Mühle Gottl. Birschel, Hattlingen und Ortsgruppe Bochum.

Unserm werten Kollegen Hubert Rebscher und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]

Die Kollegen der Helefabrik Plöser Eberstadt und Ortsgruppe Darmstadt.

Unserm werten Kollegen Michael Schuster zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum die besten Glückwünsche. [1,50]

Ortsgruppe Kitzingen.

Unserm Kollegen Willy Boos und seiner lieben Frau zu ihrer stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]

Die Kollegen der Dortmunder Union-Brauerei, Schalander III.

Unserm Kollegen Alois Münch nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche z. silbernen Hochzeit. [1,80]

Die Kollegen der Schöfferhof-Brauerei, Mainz.

Nachruf!

Unser Kollege, der Milchverkäufer

August Steffen ist verstorben. Wir werden stets seiner ehrend gedenken.

Ortsgruppe Gleiwitz, Beuthen O/S. [3,60]

Frauenrecht

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

33. Fortsetzung

Der Sohn Gottes dagegen war ein lustiger, junger Mann mit einem hübschen Bäuchlein, das von etwas verhüllt war, das wie Schwimmhosen aussah. Im ganzen machte er den Eindruck eines Sportsmanns. Das Kreuz, das er in den Händen hatte, hielt er mit einer solchen Eleganz, als wärs ein Tennisrackett.

Von weitem jedoch verschmolz das alles und erweckte den Eindruck, wie wenn ein Zug in einen Bahnhof einfährt. Aus dem dritten Bild war überhaupt nicht zu entnehmen, was es vorstellen sollte.

Die Soldaten stritten immer darüber und versuchten den Rebus zu lösen. Mancher dachte sogar, daß es eine Landschaft der Sahara sei.

Es befand sich jedoch darunter die Inschrift: „Heilige Maria, Mutter Gottes erbarme dich unser.“

Den Feldaltar lud Schwejk glücklich in die Droschke auf, er selbst setzte sich zum Kutscher auf den Bock, der Feldkurat legte seine Füße in der Droschke bequem auf die Dreifaltigkeit Gottes.

Schwejk unterhielt sich mit dem Droschkenkutscher über den Krieg.

Der Droschkenkutscher war ein Rebellant. Er machte verschiedene Bemerkungen über den Sieg der österreichischen Waffen, wie: „Die hams euch in Serbien gegeben“, und ähnliches. Als sie zur Verzehrungssteuerlinie kamen, fragte man sie, was sie mitführten.

Schwejk antwortete: „Die Dreifaltigkeit Gottes und die Jungfrau Maria mit dem Feldkuraten.“

Auf dem Exerzierplatz warteten inzwischen ungeduldig die Marschkompanien.

Und sie warteten lange. Denn man mußte noch um den Sportpokal zu Oberleutnant Witingen fahren und dann um die Monstranz, um das Ciborium und andere Meßgeräte, einschließlic einer Flasche Meßwein in das Kloster von Břevnov. Woraus ersichtlich ist, daß es nicht so einfach ist, eine Feldmesse zu zelebrieren.

„Es wird halt schon irgendwie gehn“, sagte Schwejk zu dem Droschkenkutscher.

Und er hatte recht. Als sie nämlich bereits auf dem Exerzierplatz bei dem Podium mit den hölzernen Seitenwänden und dem Tisch angelangt waren, auf dem der Feldaltar aufgestellt werden sollte, zeigte es sich, daß der Feldkurat den Ministranten vergessen hatte.

Es hatte ihm immer ein Infanterist ministriert, der sich jedoch lieber zum Telephon hatte versetzen lassen und an die Front abgegangen war.

„Das macht nichts, Herr Feldkurat“, sagte Schwejk, „ich bring's auch zuweg.“

„Und können Sie ministrieren?“

„Ich habs nie gemacht“, antwortete Schwejk, „aber probieren kann man alles. Heut is Krieg und im Krieg machen die Leute Sachen, die sie sich früher nicht mal ham träumen lassen. So ein dummes et cum spiritutuo



Schwejk folgte scharfsinnig den Signalen

auf ihr dominus vobiscum, bring ich auch zusamm. Und dann denk ich, daß das nicht so schwer sein kann um sie herumzugehen wie die Katze um den Brei. Und ihnen die Hände zu waschen und aus den Kannen Wein einzugießen.“

„Gut“, sagte der Feldkurat, „aber gießen Sie mir kein Wasser ein. Gießen Sie lieber in die zweite Kanne auch gleich Wein ein. Uebrigens werde ich Ihnen immer ein Zeichen geben, ob Sie nach rechts oder nach links gehn sollen. Wenn ich einmal leise pfeifen werde, bedeutet es rechts, zweimal links. Mit dem Meßbuch müssen Sie sich auch nicht sehr schleppen. Uebrigens, das ganze ist eine Hetz. Haben Sie nicht Trema?“

„Ich fürcht mich vor nichts, Herr Feldkurat, nicht mal vor Ministrieren.“

Der Feldkurat hatte recht, wenn er sagte: „Uebrigens ist das ganze eine Hetz.“

Alles ging ganz glatt vonstatten.

Die Rede des Feldkuraten war sehr kurz. „Soldaten! Wir haben uns hier versammelt, um vor der Abfahrt auf das Schlachtfeld unsere Herzen Gott zuzuwenden, damit er uns den Sieg verleihe und uns ge-

Die Arbeiterin in den freien Gewerkschaften

Der kürzlich erschienene Jahresbericht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den wir bereits besprochen haben, bringt auch eine Aufstellung über die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen. Der allgemeine Mitgliederrückgang hat auch im gleichen Ausmaße wie die Arbeiter die Arbeiterinnen betroffen. Wenn wir jedoch die hohe Zahl der im Erwerbsleben tätigen Arbeiterinnen betrachten, so muß festgestellt werden, daß die Arbeiterinnen nur zum kleinen Teil der Gewerkschaftsbewegung angehören. Davon ist wohl die weitaus größte Zahl in den freien Gewerkschaften organisiert. Es bestehen Verbände, wo die Arbeiterinnen

Freiheit!

Wenn leuchtend rote Fahnen wehen,
Wenn Massen — endlos — hinter ihnen gehen
mit trotzigem, entschlossenem Gesichtern —

Wenn „Masse Mensch“ steht Mann an Mann:
Mauer, die keiner durchdringen kann
und fest steht in Sturm und Gefahren —

Wenn der Masse Kampfgesänge,
wenn die feurigen, geweihten Klänge
brausen durch das stille Land —

Wenn donnergleich hallts in der Rund,
wenn tausend rufen wie aus einem Mund:
„Freiheit!“
Und tausend Fäuste hoch empor sich recken —

Dann fühlen wir: Der alte Kampfgeist lebt!
Und wenn rundum die Welt erbebt:
Keine Macht und kein Diktator kann ihn töten!

Recht so, Genossen: Nur treu und mutig auf der Wacht!
Wir finden den Weg schon in tiefschwarzer Nacht ...
Wir lassen so leicht uns nicht unterkriegen ...
Wir wissen: Licht und Wahrheit muß doch endlich siegen!

sehr stark in den Gewerkschaften vertreten sind, und wiederum ersehen wir Organisationen, in denen sogar die Arbeiterinnen überwiegend als Mitglieder ausgewiesen werden: im Textilarbeiter-Verband sind von 261 763 Mitgliedern 146 546 weibliche, im Tabakarbeiter-Verband von 66 877 52 089, im Verband der graphischen Hilfsarbeiter von 37 001 22 852 und im Buchbinder-Verband sind von 51 953 30 747 weibliche Mitglieder. In diesen genannten Organisationen überragt die Zahl der Arbeiterinnen weitaus die der Arbeiter.

Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder betrug im Jahresdurchschnitt 1930 617 968 gegen 684 978 im Jahre 1929. Sie ist gegen das Vorjahr um 67 010 oder um 10 Proz. gesunken.

Wenn wir uns die unerhörten Auswirkungen der Wirtschaftskrise und die fortwährende Steigerung der Zahl der Arbeitslosen vergegenwärtigen, worunter auch die Arbeiterinnen sehr stark vertreten sind, so müssen wir erfreulicherweise feststellen, daß sich die

sund erhalte. Ich werde euch nicht lange aufhalten und wünsche euch das Allerbeste.“

„Ruht“, rief der alte Oberst auf dem linken Flügel.

Die Feldmesse heißt deshalb Feldmesse, weil sie denselben Gesetzen unterliegt wie die Kriegstaktik im Felde. Bei den langen Feldzügen der Heere während des Dreißigjährigen Krieges pflegten auch die Feldmessen ungewöhnlich lang zu sein.

Bei der modernen Taktik, wo die Bewegungen der Heere rasch und flink sind, muß auch die Feldmesse rasch und flink sein.

Diese da dauerte gerade zehn Minuten und die, welche in der Nähe standen, waren überaus erstaunt, den Feldkuraten während der Messe vor sich hinpfeifen zu hören.

Schwejk folgte scharfsinnig den Signalen. Er ging auf die rechte Seite des Altars, war wiederum auf der linken und sagte nichts anderes als: „Et cum spiritutuo.“

Es sah aus wie ein Indianertanz um einen Opferstein, aber es machte einen guten Eindruck, denn es verscheuchte die Laugeweile des staubigen, traurigen Exerzierplatzes mit der Pflaumenallee im Hintergrund und den Latrinen, deren Geruch den mystischen Weihrauch der gotischen Kirchen ersetzte.

Alle amüsierten sich vortrefflich. Die Offiziere rings um den Oberst erzählten einander Anekdoten und so wickelte sich alles in völliger Ordnung ab. Hie und da konnte man zwischen der Mannschaft sagen hören: „Gib mir zinen Schluck.“

Und wie Opferrauch stiegen von den Zügen blaue Wölkchen Tabaksqualm gen Himmel. Alle Chargen rauchten, als sie sahen, daß der Herr Oberst sich eine Zigarre angezündet hatte.

Arbeiterinnen in den freien Gewerkschaften gut gehalten haben. Mehr und mehr wird auch in den Reihen der Frauen und Mädchen, soweit sie im Erwerbsleben tätig sind, eingesehen, daß die Zugehörigkeit zu ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung unbedingt notwendig ist. In allen Organisationen ist es gelungen, ebenfalls die Arbeiterinnen den Tarifverträgen zu unterstellen, und auf sozialpolitischem Gebiet können wir feststellen, daß in den Nachkriegsjahren bedeutende Errungenschaften für die Arbeiterinnen erreicht wurden.

Von allen Erwerbstätigen stellen die Frauen ein reichliches Drittel. In der amtlichen Statistik über die Erwerbslosen ist die Frau aber nur mit einem knappen Fünftel vertreten. Daraus geht hervor, daß die Frau im geringeren Maße als der Mann der Erwerbslosigkeit unterliegt. Ihre Tätigkeit ist vielseitiger, und wenn sie aus ihrem Berufsverhältnis ausscheidet, bietet sich ihr dennoch vielerlei Möglichkeit, im Haushalt oder anderwärts Arbeiten verrichten zu können. Die verheiratete Frau ist heute stark in Industrie und Handwerk vertreten. Von 2 908 000 beschäftigten Arbeiterinnen sind 729 000 verheiratet. Am stärksten ist die Anteilnahme der verheirateten Frau in der Land- und Forstwirtschaft. Auf die einzelnen Industrien verteilt, sehen wir nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbehörde im Jahre 1930 einen nicht zu unterschätzenden Rückgang. In der elektrotechnischen Industrie waren 1929 noch 57,3 Proz. Arbeiterinnen über 16 Jahre und 1930 nur noch 51,8 Proz. beschäftigt, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 84,6 bzw. 80,6 Proz.

Wenn wir diese Zahlen der Feststellung über die gewerkschaftliche Zugehörigkeit weiter betrachten, so ist zu ersehen, daß die in unseren Berufsgruppen beschäftigten Frauen nur zu einem kleinen Teil in ihrer gewerkschaftlichen Organisation eingereiht sind. Große Möglichkeiten bieten sich daher noch, die Frauen in größerer Anzahl unserer Organisation zuzuführen. Die kommende Zeit bietet sehr viel Gelegenheit, aufklärend bei den Arbeiterinnen zu wirken und sie auch in großem Ausmaße für die Gewerkschaftsbewegung zu interessieren.

Liebesgeflüster

„Ach du Dorjn!“
„Was denn, Alwin?“
„Ich bin reeneweg vernarrd in dich.“
„Das gammr mergen.“
„Du bisd die Geenichin meiner Seele.“
„Du willsd mich wohl vergaggeiern?“
„Nein, nein, ich liebe dich. So wie Willy Fritsch seine Lilian Harvey.“
„Genau so? Die Ausdrigge, die du hasd. Da haud's in de Aebbl!“
„Aber das is alles ehrlich empfunden. Das sind nur so boedische Vergleiche.“
„Wenn du nur immer schmusen gannsd! Ich bin nich die erschde, mid der du rumbussiersd.“
„Das schbield geine Rolle. Wenn ich dich sehe, da wärd mir's immer ganz eichenardch zumude. S'is mir grade so, wie wenn ich dich auffressen misde.“
„Da hädde ich nischd drgäjn. Aber du weißd doch ganz genau, daß du das nich darfsd. Das verschdeesd doch gäjn die Vereinsvorschrift. Im Wäggedarjerverein haben wir uns gennen gelernd, und da wollen wir uns nu auch schdrenng nach den Schdadudn richdn ...“

Endlich ertönte es: „Zum Gebet.“ Staub wirbelte auf und das graue Viereck der Uniformen beugte die Kniee vor dem Sportpokal des Oberleutnants Witingen, der ihn für den „Sport-Favorit“ im Wettlauf Wien—Mödling gewonnen hatte.

Der Pokal war voll und das allgemeine Urteil, das die Manipulation des Feldkuraten begleitete und durch die Reihen lief, lautete: „Er hats ausgesoffen!“

Diese Handlung wurde zweimal wiederholt. Dann noch einmal: „Zum Gebet“, darauf gab die Kapelle „Gott erhalte, Gott beschütze“ zum besten, Auftreten und Abmarsch.

„Klauben Sie das Zeug zusamm“, sagte der Feldkurat zu Schwejk, auf den Feldaltar weisend, „daß wirs wieder hinbringen können, was hingehört!“

Sie fuhren also wiederum mit ihrem Droschkenkutscher und gaben alles redlich zurück, bis auf die Flasche Meßwein.

Und als sie zu Hause waren und den unglücklichen Droschkenkutscher bezüglich der Bezahlung für die langen Fahrten an das Kommando gewiesen hatten, sagte Schwejk zum Feldkuraten: „Melde gehorsamst, Herr Feldkurat, muß ein Ministrant derselben Religion angehören, wie der, der das heilige Abendmahl verabreicht?“

„Gewiß“, antwortete der Feldkurat, „sonst wäre die Messe ungültig.“

„Dann, Herr Feldkurat, is ein großer Irrtum geschehn“, sagte Schwejk, „ich bin konfessionslos. Ich hab schon so ein Pech.“

Der Feldkurat schaute Schwejk an, schwieg eine Weile, dann klopfte er ihm auf die Schulter und sagte: „Sie können den Meßwein austrinken, der in der Flasche übriggeblieben ist, und denken Sie sich, daß Sie wieder in die Kirche eingetreten sind.“

(Fortsetzung folgt.)